

Hans Günther LEITINGER
A-8551 Wies, Haselweberweg 32



Funktionelle Bekleidungen
Für Beruf, Sport u. Freizeit

Textildrucke • Aufkleber

Tel. 03465 / 70 42 0
Fax 03465 / 70 42 11
E-mail hans.leitinger@aon.at

KOMMUNIKATION
zum Anziehen
Richtungsweisend in textiler Werbung

◆ Fliesen Schaffler ◆

Fliesen, Natur- und Kunststein

MEISTERBETRIEB

8502 Lannach, Radlpaßstraße 23
Tel. 03136/81958



Fenstertrend Johann Tschreschnig

9473 Lavamünd, Pudlach 83

Tel. u. Fax: 04356 / 28 74, Mobil: 0664 / 240 45 49

Schauraum:

9473 Lavamünd, Hauptplatz 14
Öffnungszeiten: Nach Vereinbarung



HSMT

INDUSTRIEHALLENBAU
SPENGLEREI
KANTTECHNIK
BEDACHUNG
ALLER ART GMBH

Geschäftsführer: Josef HASLER

Murauer Landesstraße 227
8811 Scheifling

Telefon: 03582 / 2360 Fax: DW-27
e-mail: office@hsmt.at



LABOR DR. DOSTAL

Ärztlicher Leiter: Univ.-Prof. Dr. V. Dostal

1190 WIEN, SAARPLATZ 9

Öffnungszeiten: Mo – Do 7 – 16³⁰, Fr 7 – 16 Uhr

Blutentnahme: Mo – Fr 7 – 11 Uhr

Alle medizinisch-diagnostischen Untersuchungen sowie EKG

Spezialuntersuchungen: Funktionstests, Untersuchungen des Immunsystems, Krebsdiagnostik, Spurenelemente, Hormonbestimmungen, Vitamine, Allergie, Aminosäuren, Antioxidativer Status, Redox-Provokationsanalyse u.a.

Alle Kassen Hausbesuche

TELEFON: 368 24 72 UND 368 34 48 • FAX 369 12 69

Die Einflüsterer des Innenministers

Vorwort des Chefredakteurs Josef Wagenthaler



Dem Herrn Innenminister scheinen seine Einflüsterer völlig aus der Hand zu gleiten. Alle möglichen Wichtigtuer und Mächtigeminnenminister lassen keine Gelegenheit aus, um sich medial in Szene zu setzen, damit sie vielleicht einmal etwas werden. Völlig unkoordiniert und offensichtlich nicht wissend, was sie damit eigentlich anrichten.

Ein Beispiel.....

„Korruption in der Exekutive – Millionen Schmiergeldzahlungen – 500 Fälle überprüft – 20 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet“ So oder so ähnlich war es den Medien zu entnehmen. Meldungen, die jeden Exekutivbeamten bis ins tiefste Mark getroffen und erschüttert haben. Unfassbar diese völlig unhaltbare und überzogene Nestbeschmutzeri. Ein nicht wiedergutzumachender Schaden an der Exekutive, die doch in der Bevölkerung das sehr hohe Ansehen eines Freundes und Helfers genießt.

Die Exekutive leistet doch hervorragende Arbeit. Das wird ihr in vielen Meinungsumfragen eindeutig bescheinigt. Natürlich heißt das nicht, dass es nicht auch in diesem Bereich das eine oder andere schwarze Schaf geben kann. Dem entgegenzuwirken gibt es aber hervorragende Kontrollmechanismen. Einerseits zahllose Vorgesetzte mit Dienst- und Fachauf-

sichtskompetenz und andererseits ein sehr strenges Disziplinar- und Strafrecht, welches einen besonders hohen Maßstab vorgibt, wenn es um das Ansehen der Exekutive geht. Was ist nun eigentlich wirklich passiert? Da gab es nun einen leitenden Beamten, dem sein Betätigungsfeld als Bezirkskommandant viel, viel zu eng war. Weil zu höherem berufen, hat er sich mehr oder weniger erfolglos in diversen Sonderkommanden (SOKOS) betätigt. Nicht zuletzt bei der Erhebung diverser „brauner Flecken“ in Oberösterreich. Obwohl medial groß aufgezeigt, kam dabei nichts heraus. Zumindest nichts, was die Grundfesten der Republik auch nur ansatzweise erschüttern würde. Kaum in seinen Bezirk zurückgekehrt, bot sich ihm sofort eine neue Gelegenheit seine überdurchschnittlichen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Ein neuer Innenminister wurde angelobt. Dieser wollte offensichtlich sein grenzenloses Vertrauen in die Exekutive sofort damit zum Ausdruck bringen, indem er ein „Büro für interne Angelegenheiten – BIA“ einrichten ließ. Was dem folgte, glaubt man kaum. Es wurde tausende Kilometer kreuz und quer durch Österreich ermittelt, Dienstfahrzeuge wurden einfach abgezogen, hunderte Überstunden und astronomische Reisegebühren verrechnet und das so streng geheim, dass vermutlich selbst der

„SuperSuperFahnder – SSF“ nicht genau wissen dürfte, wo er gerade war. Das Ergebnis musste natürlich beeindrucken. Daher veranstaltete man einen ungeheuerlichen medialen Zinnober, der zu oben genannten Schlagzeilen führte und die gesamte Exekutive in Misskredit zog. Wie jetzt zu vernehmen ist, dürfte unter den letztlich 20 verbliebenen Verdächtigten kein einziger Uniformierter sein!

BITTE, Herr Innenminister!

Haben Sie Nachsicht mit der Mediengeilheit und dem schädlichen Verhalten mancher Beamten. Drücken sie alle Augen zu, aber schauen Sie, dass dieser Chaotenhafen verschwindet!

IMPRESSUM

Medieninhaber Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freieitlicher, zu 100 Prozent vertreten durch den Bundesvorstand. Die Zeitung „Blaulicht“ dient der Information der im öffentlichen Dienst stehenden Beschäftigten.

Nr. 29 – Ausgabe 1/2002, Erscheinungstermin März 2002, Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich.

„BLAU LICHT“ ist das offizielle Organ der Exekutivvereinigung „Auf“, ZL-Nr. GZ 022033222 M, Verlagspostamt 8054 Graz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:

Exekutivvereinigung „Auf“, Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freieitlicher im öffentlichen Dienst, A-1010 Wien, Bartensteingasse 14/9, Telefon: 01/406 75 15, Fax DW 23, Internet: <http://www.auf.at/auf>, e-mail: auf@auf.at, DVR-Nr.: 0557617, Verlagspostamt 1010 Wien

Anzeigenverwaltung & Gesamtproduktion: Exekutiv Verlags GmbH, A-8054 Graz, Kärntner Straße 518/V, Telefon 0316/28 71 51-0, Fax DW 9, e-mail: office@exekutiv-verlag.at, DVR-Nr.: 0795364, Geschäftsführer: Michael Brugmayer, Prokuristin: Tamara Wurzer, Grafik und Layout: Daniela Barger, Sekretariat: Margharita Brettertkleber und Dagmar King

Hersteller (Druck): Druckhaus Thalerhof GmbH, Gmeinerergasse 1, 8073 Feldkirchen bei Graz, Telefon 0316/29 61 07-0

Für Mitglieder und Exekutivbeamte kostenlos! Für zusätzliche Bestellungen Abo-Preis: 4 Hefte öS 160,- inkl. MwSt., Porto und Versandkosten.

Vorwort

Die Einflüsterer des Innenministers; Schwerer Imageschaden für die Exekutive aus lauter medieneiligkeit der Superspitzel 1

Rechtsseite



Unfall im Dienst ist nicht gleich Dienstunfall 5

Karenzurlaub – Ablehnung wegen dienstlicher Notwendigkeit muss nicht ausreichen. 5

Keine Pensionskürzung aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes 6

FEG



Bevorschussung von Schmerzensgeld; Anspruch erst ab 3 Monate Krankenstand repariert 8

Überstunden – unbürokratische Rückerstattung der Lohnsteuer für alle erreicht 8

Salzburgeinsatz zum Weltwirtschaftsgipfel; Die Probleme vor allem bei der Unterbringung und Pflege werden hoffentlich gelöst 9

Euro-Umstellung; Nachtdienstgeld wurde zu hoch besteuert 9

Cobra – NEU; Die Zerschlagung bewährter Strukturen 10

Rechtsschutz für Exekutive kommt 11

Gastkommentar



Ruhe vor dem Sturm; Die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft nach dem 11. September 2001 von Gesundheitsstaatssekretär Dr. Waneck zum Thema „Impfungen“ 12

Gendarmerie



Gesundheitsstaatssekretär besucht GUP Marchegg – fehlende ärztliche Erstuntersuchung bemängelt 13

Polit-Hick-Hack bei der Besetzung des Postenkommandanten in Bergheim/Salzburg 13

Wettstreit der großen Reformer, Kommentar von Martin Schoder 13



Rechtsschutz der Altgewerkschaft gleicht einem Rechtsscherz, Beamte soll trotz Rechtsschutz zahlen 14

Pfeffer kann ins Auge gehen; Schlamperei des Dienstgebers beim Austausch abgelaufener Pfeffer-Sprays 14

Menschenrechtsbeirat; Kontrolliert mutmaßlicher Polizistenmörder die Exekutive? 15

OGO BGK; Erstes Arbeitspapier des Unterausschusses soll Planstellen einsparen 15

Jahresarbeitszeitmodell bringt fast keine Änderung für den Wechseldienst 15

Grenzüberwachung; Gendarmerie abgelent – Freie Fahrt für Schlepper 16

Neues von der EDV – BusinessUnitInformationsTechnologie/IT – Kommt jetzt eine wirkliche EDV? 16

Sonderbares Demokratieverständnis – Missbrauchen der Personalvertretung für parteipolitische Zwecke 16

Standards

Impressum 1



Karikatur 18

Leserbriefe 21

Kreuzworträtsel 24

Shopping 25

Sozialtopf 29

Kriminaldienst

Polizeireform – Es wird Verlierer geben 23

Befragung – nix verstehen; Deutschkurs bringt Abhilfe 24

Fingerprint; Kommentar von Günther Perschy 24

Justizwache

Zusammenlegung von Massa und zentralem Wirtschaftsamt; Wo soll da die Einsparung sein? 25

Justizanstalt Josefstadt; Wer verantwortete die katastrophale Personaleinsparung 25

Therapie statt Sicherheit; Therapie als Zauberwort und Allheilmittel in Justizanstalten 25

Sicherheitswache



Diensthunde Silvesterlauf; Eine harte Herausforderung an Hund und Führer 27

Im Rampenlicht; Polizisten fassen Mörder und Diensthund stellt zwei Räuber 27

Aufreger Polizeikalender; Kommentar von Werner Radakovits 27

Risiko Sicherheitsschleuse; Der Name allein bedeutet keine Sicherheit 28

TBC im Vormarsch; Ansteckungsrisiko im Polizeigefangenenhaus Wien gestiegen 28

Erfolgreiche Polizeihundemeisterschaft im alpinen Schilaf 29

Sozialtopf; Unterstützung für schwer verletzten Polizisten Karl Toberer 29

Zollwache

Die grenzenlose Gier des Innenministers; Strasse streckt seine Krallen wieder einmal nach der Zollwache 31

Pfoten weg, Herr Innenminister; Kommentar von Michael Preininger 31

Zollreform; Sind positive Ansätze umsetzbar? 32

Besuch beim Finanzminister; 32

Veranstaltungen

Justizwache; Vergabe von Sportveranstaltungen für 2002 und 2003 34



Gendarmerie; Nach Großglocknerbesteigung geht's jetzt AUF zum Dachstein 34

Gendarmerie; Ausschreibung einer Cart Meisterschaft auf dem A1 Ring 35



Sicherheitswache; 2. ÖPolSV-Meisterschaft im Eishockey 35

Exklusiv; Eine Künstlerin stellt sich vor 35

Schulung – Ausbildung für AUF-Personalvertreter 36

Sicherheitswache; AUF/FEG Gschnas ein voller Erfolg 36



FRITZ MAYER
INTERNATIONALE SPEDITION • ZELTWEG/AUSTRIA

Internationale Transporte und Spedition

A-8740 Zeltweg, Hauptstraße 242

Telefon: 0 35 77/76 0 76-0, Fax 0 35 77/76 0 76-10

Internet: <http://www.spedition.fritz.mayer.at>, E-Mail: mayer@spedition.fritz.mayer.at

SICHERHEIT
für Ihr Eigentum

Sicherheitsschlösser • Fenstergitter • Scherengitter
Türschließer • elektr. Öffner
Tresore • sämtliche Reparaturen

Z AUCHINGER

1140 WIEN, PENZINGER STRASSE 61, ☎ 894 52 24
<http://www.web-werbung.com/zauchinger>

SCHLÜSSELDIENST



SCHLOSSEREI

MÜRZTALER GABELSTAPLER



Handel und Reparatur - Ges.m.b.H. Nachf. KG
Freßnitzstraße 45, A-8670 Kriegbach
Tel (0 38 55) 34 65
Telefax (0 38 55) 34 65 DW 11



Stapler- und Kfz-Service

- Gabelstapler gebraucht
- Gabelstapler Neu

Stapleranbaugeräte

- Kippbehälter
- Faßhandlingeräte

Pflasterverlegemaschinen

Beratung • Verkauf • Kundendienst
VERMIETUNG

Dr. Rüdiger Böckel

Arzt f. Allgemeinmedizin

Hauptstraße 45
8773 Kammern i. L.
Tel. 03844 / 8210 Fax: DW 75

BUSCHENSCHANK WILFINGER



8230 LÖFFELBACH 30
☎ 0 33 32/63 2 94

Geöffnet: 15. Jänner-28. Febr. u. Mitte Juli-Mitte August
sowie 15. Oktober-31. Oktober

MR. Dr. Michael Holzer

Facharzt für
Hals-, Nasen- u. Ohrenkrankheiten
Allgemein beeideter u. gerichtlich
zertifizierter Sachverständiger
Allergie u. alternative HNO-Heilkunde

alle Kassen
Ord.: Mo 9 - 15h
Di - Fr. 9 - 12h
Di, Do 15 - 17h30

8010 GRAZ, Glacisstraße 5
Tel. 0316/38 13 30



LANNACHER LAGER- UND
TRANSPORT GesmbH.

Standort Korneuburg

2100 Korneuburg
Johann Pamer Str. 1
Tel. 02262/64 385

2.600 m² Lagerfläche
2.800 Palettenplätze

Standort Lannach

8502 Lannach
Industriezeile 5
Tel. 03136/82 680

2.500 m² Lagerfläche
2.200 Palettenplätze

Dr. Werner Alexander Kraus

Facharzt für Innere Medizin

2700 Wr. Neustadt, Kollonitschgasse 10/2
Telefon 02622 / 23 2 33

Ordination:

Mo, Di, Mi, Fr 8 - 12 Uhr,
Mo, Mi, 14.30 - 17 Uhr

Alle Kassen

MR. Dr. Erich HERZBERG

FA f. Orthopädie u. Unfallchirurgie
Ständ. beeid. ger. Sachverst.

8010 Graz, Klosterwiesgasse 65
Tel. 0 316 / 82 10 10

K & H

MILCHTRANSPORTE GMBH

WÖLLMISS 469

8583 EDELSCHROTT

Tel. 03145 / 435

Handy 0664 / 3132555



Dr. Gerhard Colerus



Mag. Matthias Prückler



FEG-Rechtsbüro

Alles was „RECHT“ ist

UNFALL IM DIENST ist nicht gleich DIENSTUNFALL!

Diese Meinung versuchte die Versicherungsanstalt öffentlich Bedienstete in letzter Zeit immer häufiger durchzusetzen. Sie versuchte dabei mit dem Wortlaut des § 90 B-KUVG zu argumentieren, in welchem Unfälle dann als Dienstunfälle gelten, wenn sie sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit dem die Versicherungsanstalt dann offensichtlich zu weitläufig und sie lehnte die Dienstunfälle mit der Begründung ab, dass unter einem Unfall „i. S. der ständigen Spruchpraxis der Gerichte“ ein plötzlich Eintretendes bzw. zeitlich eng begrenztes Ereignis, eine Einwirkung von außen, eine außergewöhnliche Belastung, die zur Körperschädigung geführt hat, zu verstehen ist. Genau mit dieser Argumentation versuchte man vor allem die dienstlich angeordneten Sportveranstaltungen und die



dabei aufgetretenen Verletzungen auszuklammern. Wir von der FEG haben uns gedacht wir sehen uns diese ständige Spruchpraxis der Gerichte einmal an und haben Klage beim Sozialgericht eingereicht. Bei der ersten Verhandlung wurde seitens der Versicherungsanstalt ein Vergleich geschlossen, in dem der Dienst-

unfall sofort anerkannt wurde. So viel zur ständigen Spruchpraxis der Gerichte. Offensichtlich geschieht dies alles unter dem Motto „Versuchen wird man es ja noch dürfen!“



Zur Erinnerung:

Gewährung eines KARENZURLAUBES (§ 75 Abs. 1 BDG 1979)

Generelle Personalknappheit, laufende Personalkürzungen (Planstellenkürzungen) und ein Einsparungsprogramm der Bundesregierung wurden vom Verwaltungsgerichtshof nicht als substantielle und ausreichende Begründung für die Ablehnung eines Ansuchens auf Gewährung eines Karenzurlaubes und somit als zwingend dienstliche Gründe gemäß § 75 Abs. 1 BDG 1979 angesehen.

Diese Entscheidung resultiert zwar aus dem Jahre 1996 (VwGH 18.9. 1996,

96/12/ 0226), doch ist der Hang der Behörde zu dieser sehr allgemeinen „Begründung“ bei Ansuchen nach der „Kann-Bestimmung“ des § 75 Abs. 1 leg. cit. in letzter Zeit wieder vermehrt zu erkennen. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Behörde nicht unbegründete allgemeine Schlagwörter als zwingendes dienstliches Interesse (Gründe) anführen kann, um ein derartiges Ansuchen negativ zu bescheiden.



Alles was „RECHT“ ist

Erste Aufhebung der PENSIONS Kürzungen in Folge eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs!

Wie in den beiden letzten Ausgaben bereits berichtet sind nun jene beiden Beamten, welche auf Grund des langen Begutachtungszeitraumes durch die Behörde einen Abschlag von 18 Prozent ihrer wohlverdienten Pension hinnehmen mussten (der Pensionierungstichtag rutschte hinter den gesetzlichen Stichtag 1.10.2000 und somit in den Anwendungsbereich der neuen Regelung), nun doch noch zu ihrem Recht gekommen. Sofort nach dem Er-

kenntnis des Verfassungsgerichtshofs wurden unsererseits Anträge an das Bundespensionsamt gestellt, die beiden Fälle neu aufzurollen und auf ihre Erwerbsfähigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt zu überprüfen. Da diese nicht gegeben war, können sich die beiden Beamten nun über 18 Prozent mehr Pension für den Rest ihres Lebens freuen. Nochmals zur Erinnerung: Jeder Beamte, welcher einen Abzug auf Grund der Neuregelung des Pensionsgesetzes erfahren

musste, dessen Pensionsverfahren jedoch vor dem 1.10.2000 beantragt, beziehungsweise amtsweilig eingeleitet wurde, hat die Möglichkeit beim Bundespensionsamt die Überprüfung seines Aktes zu beantragen. Grundsätzlich rollt das Bundespensionsamt in Frage kommende Fälle von Amts wegen neu auf. Hier würde ich jedoch eher nach dem Motto: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ handeln und selbst einen Antrag an das Bundespensionsamt richten.

AVL. THE THRILL OF SOLUTIONS

AVL ist mit 2100 Mitarbeitern und 45 Niederlassungen das weltweit größte privat und unabhängige Unternehmen für die Entwicklung von Antriebssystemen mit Verbrennungsmotoren und Meß- und Prüftechnik. Welche Lösungen wir für Sie anbieten können, erfahren Sie unter www.avl.com.

Powertrain Engineering

Instrumentation and Test Systems

Advanced Simulation Technology

AVL

SELBSTÄNDIGER BUCHHALTER

ANGELA FLADISCHER



Buchhaltung, Bilanzierung, Lohnverrechnung!

- **Buchhaltung:** laufende Erassung der Belege, monatliche Auswertungen, Zwischenbilanzen, Beratung im Buchhaltungs-, Beleg- und Steuerwesen
- **Bilanz:** Erstellung der Bilanz
- **Lohnverrechnung:** An-, Ab- und Ummeldung von Dienstnehmern, Lohnverrechnung, Beratung im Sozialversicherungsrecht

Nutzen Sie die Chance auf diese Partnerschaft, um mehr Zeit für Ihre Kunden investieren zu können und somit Ihren Unternehmenswachstum zu beschleunigen.

A-8075 Hart bei Graz, Kaltenbergstraße 27a,
e-mail: angela.fladischer@utanet.at
Telefon: 0316/49 14 85-0,
Fax: DW 10, Mobil: 0664/380 73 44

Wasser & Wärme Dillinger

Installationstechnik

Beratung - Planung - Ausführung

Ziegelfeldstraße 8 **Telefon:** 02272 633 28
A-3430 Tulln **Telefax:** 02272 633 28-4
E-mail: office@dillinger.co.at

Kantine - Marienhütte WAGNER HANNES

8020 GRAZ, SÜDBAHNSTRASSE 12
Tel. 0316/90 50 186

Tägl. 2 Menü's auch für Betriebsfremde
Partyservice, Hauszustellung
Hausgemachte Mehlspeisen

INSTITUT FÜR ERNÄHRUNG UND GEWICHTSREDUKTION



Diätgruppe
Dr. Birgit Wolfesberger
* Kostenlose Erstberatung
* inklusive BIA - Impedanzanalyse
(Messung der Fett - Muskelmasse)

Information:
Institut für Ernährung
und Gewichtsreduktion
Garbergasse 18, 1060 Wien
Tel. 595 48 08

HEIZUNG · LÜFTUNG · SANITÄR · SOLAR



8742 OBDACH, HAUPTSTRASSE 43
TEL. 03578 / 2312 FAX 2312-4
INTERNET: www.heiz.at E-Mail: vogl@heiz.at

Dr. Günther Strohmeier
8452 Großklein 90 b
☎ 03456/2375

neue Ordinationszeiten:

Mo 7 - 11 Uhr
Di 7 - 11 Uhr u. 16 - 18 Uhr

Do 14 - 18 Uhr
Fr 7 - 11 Uhr
Sa 7 - 9 Uhr

Moni's - Imbiss

Kärntnerstraße 501
8054 Graz - Seiersberg
Tel.: 0 664 / 89 111 37

Ganzjährig geöffnet
gemütliche Sitzcken
schöner Gastgarten
Tägl. Menüteller

Bäuerliche Hausspez. zum mitnehmen

**Decke
Wand
Fenster** **Malen
Tapezieren
Lackieren**

Fassadenbeschichtung

Malermeister JOHANN GERNER

8045 Graz-Andritz • A.-Schnitzler-Gasse 9 • Tel. 69 20 50

Sonntag geöffnet!



Inh. Regina Widowitz

Mo - Fr 6:50 - 18:30 Uhr
Sa: 6:50 - 13:00 Uhr

Sonn- und Feiertag: 8:00 - 12:00 & 17:00 - 19:00 Uhr
A-9020 Klagenfurt • Bahnhofplatz 1
Telefon 0 463 / 55 7 19

ABSCHLEPPDIENST

Johann HAISSL

8773 KAMMERN bei LEOBEN
Mühlgraben 17
Telefon 03844/86 01
Mobil: 0664/101 69 66



Mag. Susanna WAGNER

Übersetzungsbüro

Nußdorferstraße 68/1/12
A-1090 Wien
Tel. 01/319 63 29

E-mail: johann_wagner@compuserve.com

Ihr Partner im Schadensfall

KAUER Ges.m.b.H.
Spenglerei • Lackiererei

A-8230 HARTBERG • FLURGASSE 13

Tel. 03332/626 35, Fax DW 15

office@kfz-kauer.at

STEFAN
KOZELKA
HOLZBAU

1210 WIEN
PRAGER STRASSE 276
TELEFON 01/292 13 78
FAX 01/292 79 14

Wachebedienstete Hilfeleistungsgesetz:

Großzügige Handhabung bei der BEVORSCHUSSUNG von SCHMERZENSGELD!

Wie bereits berichtet wurde das Wachebedienstete-Hilfeleistungsgesetz geändert. Damit fallen jetzt auch Schmerzensgeldansprüche unter die Bevorschussung durch den Bund. Da es beim Anspruch, der Antragstellung und der Auszahlung Unklarheiten gab, wurde vom BMÖLS eine Regelung für eine unbürokratische und rasche Vorgangsweise angeordnet.

• Der Täter muss zahlungsunwillig bzw. zahlungsunfähig sein (gilt bereits ab der vom Gericht festgelegten Zahlungsfrist!)

Welche Fälle werden bezahlt?

- Alle nach dem 01.09.2001 gerichtlich (Zivil- bzw. Strafgericht) zugesprochenen Schmerzensgelder – egal wann der Vorfall war!
- Nach verstrichener Zahlungsfrist reicht eine kurze Meldung an die Dienststelle. Die KollegInnen müssen NICHT auf den Exekutionstitel warten.

Folgende Punkte müssen zutreffen:

- Der Täter muss namentlich bekannt sein

Während die Altgewerkschaft im Dornröschenschlaf liegt, arbeitet die AUF/FEG für EUCH!

WHG (Schmerzensgeld)

Erst ab 3 Monate Krankenstand – Anspruch repariert!

Die Bevorschussung des zugesprochenen Schmerzensgeldes ist eine der größten Errungenschaften für den Exekutivdienst, welcher durch die AUF/ FEG erreicht wurde. Leider ist laut Gesetz der Anspruch an einen der drei Monate dauernden Krankenstand gebunden, was uns allen bei der Begutachtung des Gesetzesentwurfes nicht aufgefallen ist. Da das nicht im Sinne des Finders ist, führte die AUF/FEG unverzüglich Gespräche mit dem BMÖLS, damit diese Bestimmung wieder ihre beabsichtigte Wertigkeit bekommt.

Durch unsere Intervention wurde am 19. März 2002 im Ministerrat die neue Fassung beschlossen! Damit wird künftig ein Anspruch bereits bei 10 Tage Krankenstand bestehen! Da es sich dabei um eine Reparatur des Gesetzes handelt, gilt diese Bestimmung selbstverständlich rückwirkend ab dem 1. September 2001! Dies hat zur Folge, dass Betroffene ihre Ansprüche auch geltend machen können, selbst wenn diese Änderung erst in einigen Wochen in Kraft tritt.

Bezüglich der Schmerzensgeldforderung gegen unbekannten Täter bleiben wir natürlich weiterhin am Ball!

Ungerechtfertigte Überstundenbesteuerung –

LÖSUNG erreicht

Wir haben bereits über die Rückerstattung der zu hoch besteuerten Überstunden jener berichtet, die einen ordnungsgemäßen Jahresausgleich durchgeführt hatten. Nun liegt auch eine Lösung für jene vor, die einen solchen Jahresausgleich nicht ge-

macht haben. In diesen Fällen soll die Nachverrechnung für 6 Jahre zurück automatisch erfolgen und die zu viel bezahlte Lohnsteuer zur Auszahlung gelangen. Es handelt sich dabei um 13.000 betroffene Beamte!

Salzburgereinsatz –

es ist nicht verboten gescheiter zu werden!

Im kommenden September findet in Salzburg wieder ein Wirtschaftsgipfel statt. Aus diesem Anlass wurden auch bereits Termine für Vorgespräche zur Organisation des Gipfels bekannt gegeben. Auch im Internet organisieren sich bereits wieder die Chaoten, um den eingesetzten Exekutivkräften das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Bekanntlich vergeht die Zeit zwar schnell, den eingesetzten Kollegen sind jedoch mit Sicherheit die gravierendsten Mängel des letzten Einsatzes noch bekannt:

- Die Unterbringung war nur in Massenquartieren möglich, da eine rechtzeitige Absprache mit dem Bundesheer nicht erfolgt ist;
- für Essenspakete und sonstige ungenügende Verpflegung wurde die gesamte Tagesgebühr eingespargt;

• die Ausrüstung war unvollständig oder die eingesetzten Beamten sind nicht rechtzeitig auf die neuen Ausrüstungsgegenstände geschult worden;

Die Liste könnte noch fortgesetzt werden und erhebt hinsichtlich der Mängel auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir ersuchen nur die Verantwortlichen die Erfahrungen des Vorjahres in die Vorbereitungen für den Einsatz einfließen zu lassen, um die bekannten Mängel und Kritikpunkte von vornherein abzustellen.

Vom Herrn Innenminister wird erhofft, dass er Vorsorge trifft, dass die Kosten für den Einsatz gedeckt sind und nicht zu Lasten der ohnehin knapp bemessenen Überstundenkontingente der Gendarmerieposten gehen.



EURO-Umstellung – Nachtdienstgeld zu hoch besteuert

Fallweise wurde seit November 2001 das Nachtdienstgeld zu hoch versteuert. Dies geschah durch die Umstellung der Computer im Bundesrechnamt auf den Euro.

Laut Auskunft bei der zuständigen Stelle wurde dabei eine Steuerbegünstigung von 20 % auf Einkünfte, wie Überstunden und Nachtdienstgeld, in die Steuerberechnung einbezogen. Da stiegen viele Kollegen, welche weniger Überstunden leisten, schlechter aus.

Die Rückerstattung erfolgt bei der Arbeitnehmerveranlagung für die Jahre 2001 und 2002, daher ist die Durchführung der Arbeitnehmerveranlagung (Jahresausgleich) unbedingt notwendig. Ab April 2002 soll alles wieder wie bisher laufen.

EXEKUTIV VERLAGSGMBH

A-8054 Graz, Kärntner Straße 518
Telefon 0316/28 71 51-0
Telefax 0316/28 71 51-9
e-mail: office@exekutiv-verlag.at

Dipl. Ing. Dr. Werner CARTELLIERI

Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde
Bahnhofstraße 3, 8112 Gratwein

Ordinationszeiten:

Mo, Di, Do 8 – 17 Uhr
Mi u. Fr 8 – 12 Uhr
Tel. 03124/52 270

Dr. med. Maria-Luise Öhl

Ärztin für Allgemeinmedizin

Bickelgasse 55, A-1120 Wien
Telefon: 804 81 19

Sprechstunden:

Mo. 16 – 19 Uhr, Di. u. Do. 8 – 11 Uhr
Mi. u. Fr. 13 – 16 Uhr

Bioresonanztherapie gegen Allergien
gegen Voranmeldung

Pumpen & Anlagentechnik
Beratung - Verkauf - Montage - Service - Reparatur



- Hauswasserwerk
- Schwimmbadtechnik
- Solaranlagen

VERKAUF • MONTAGE • SERVICE

2522 Oberwaltersdorf, Fabrikstraße 12,
Telefon. 0 22 53/83 81, Fax 0 22 53/21 88
Mobiltelefon: 0676/309 63 08 od. 0664/413 10 50
E-mail: pumpensysteme@aon.at • www.pumpensysteme.at

COBRA-NEU

**Die Zerschlagung
bewährter
Strukturen**



Am 18. Februar 2002 wurde durch Bundesminister Strasser das Konzept der *Cobra-NEU* vorgestellt. Demnach sollen 4 Stützpunkte mit und 3 Stützpunkte (Außenstelle der Außenstelle) ohne Kommandostruktur eingerichtet werden.

Kommandostandorte	Personal
Wien/Neustadt	125
Graz	49
Linz	49
Innsbruck	49

Außenstellen ohne Kommando	Personal
Klagenfurt/Villach	24
Salzburg	24
Vorarlberg	16

Das Burgenland wird von den Standorten Wiener Neustadt und Graz abgedeckt.

Diese Kommandoeinheiten sind für das Einschreiten in 8 Bundesländern vorgesehen, da in Wien die WEGA mit MEK und PEK bestehen bleibt.

Eine Projektgruppe beim Einsatzkommando hat im Jänner verschiedene Vor-



schläge gemacht. Angefangen von der Beibehaltung der derzeitigen Struktur bis hin zu einer vertraglichen Personalreduktion bei Gruppe A und B. Die Vorgaben des BMI und der Generaldirektion in Bezug auf Personalstärke und Aufgabengebiet wurden von allen Fraktionen abgelehnt, was vermutlich der Auslöser für die neue Stützpunktevariante war.



Es stand für uns außer Frage, dass die beste Lösung die Beibehaltung der SEG und MEKs ist. Der Innenminister hat sich aber auf die „8 Stützpunktevariante“ festgelegt, was das AUS für SEG und MEKs bedeutet. Damit werden bestens bewährte Strukturen willkürlich zerschlagen. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen sollen stehende Einheiten errichtet werden, über deren Sinnhaftigkeit bei der derzeitigen Personalsituation sicherlich nachgedacht werden darf.

Über alle Fraktionsgrenzen hinweg wurde für die Beibehaltung des jetzigen Systems gekämpft, leider vergebens. In allen Verhandlungen agierte der ÖVP-Minister in seiner Ressortverantwortung gleich. Es wurde durch ihn oder eine Arbeitsgruppe ein Vorschlag gemacht und bis zur Ministerentscheidung nach § 10/7 PVG durchgezogen.

Einsprüche der Vizekanzlerin wurden mit der Ressorthoheit abgetan und sie gemäß der Verfassung als unzuständig erklärt.



Im Namen aller Beamter bedankt sich die AUE/FEG bei den Sondereinheiten für die erbrachten hervorragenden sicherheitspolizeilichen Leistungen recht herzlich und hofft, dass ihre mühsam angeeigneten Fähigkeiten den Kollegen im Sinne der Sicherheit auch weiterhin zur Verfügung stehen werden.

Erich HUBERT

Endlich da – der RECHTSSCHUTZ für alle!

Als altgedienter Gendarmeriebeamter weiß ich, wovon ich spreche. Immer wieder kommt es vor, dass Exekutivbeamte in Ausübung ihres Dienstes gerichtlich strafbarer Handlungen beschuldigt werden. In den meisten Fällen erweisen sich diese ungeheuerlichen Anschuldigungen später als völlig haltlos. Aber bevor sich die Schuldlosigkeit des betroffenen Exekutivorgans herausstellt, erwachsen oft hohe Kosten für die Verteidigung.

Wir Freiheitlichen, Die AUF, allen voran aber unsere Frau Vizekanzler Dr. Susanne Riess-Passer, vertreten die Meinung, dass es aus wirtschaftlichen Gründen auch den

Exekutivbeamten(innen), selbstverständlich auch den Vertragsbediensteten im Exekutivbereich, nicht zumutbar ist, die Auslagen zur Rechtsverteidigung gegen ungerechtfertigte Anzeigen selbst zu tragen.

Als Exekutivorgane verrichten wir unsere Tätigkeit für die Allgemeinheit und der Dienstgeber hat uns gegenüber auch eine gewisse Fürsorgepflicht. Deshalb wird von Frau Vizekanzler Dr. Riess-Passer für Exekutivorgane eine Gruppenrechtsschutzversicherung abgeschlossen, die vom Bund bezahlt wird.

Schwarze Schafe werden natürlich nicht geschützt. Die Versicherungsleistung soll

nur dann gebühren, wenn die Anzeige von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt, das strafgerichtliche Verfahren eingestellt oder das Exekutivorgan freigesprochen wurde. Die Kosten für den Bund: Jährlich rund 0,41 Millionen € (5,6 Millionen Schilling)

Probleme, Wünsche, Anregungen?

Hermann Reindl,
Nationalratsabgeordneter
Schilliftstraße 101, 8654 Fischbach
Telefon: 0664/303 80 70
Fax: 03170/70 0 12
e-mail: hermann.reindl@fpoe.at
oder mein parlamentarischer Mitarbeiter
Roland Dietrich, Telefon: 01/40110-5854



**Exekutive im
Internet**
www.feg.at
e-mail: feg@feg.at



*Gasthaus
Mooswirt*

Fam. Eisenbeil
Steinmetzgraben 22
A - 8753 Fohnsdorf
Tel. u. Fax: 0 35 73 / 35 66

Internet: www.mooswirt.ctc.at
E-Mail: g.mooswirt@gmx.at

**GASTHAUS
„ZUM LORETOWIRT“**
Familie Stockner
(vormals Högl)



- Gut bürgerliche Küche
- Raststation für ein zünftige Jaus'n für den Raabklammwanderer
- Ausgangspunkt zu schönen Raabklammwanderungen
- Räumlichkeiten für Hochzeiten, Taufen und Familienfeiern
- Busse willkommen, Voranmeldung erbeten!
- Montag und Dienstag Ruhetag!

RUHE vor dem STURM?



Univ.-Prof. Dr. Reinhart Waneck
Staatssekretär für Gesundheit

Die Tage nach dem 11. September 2001 haben uns die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft gezeigt, und die Anbeziehungsweise auch Schwerfälligkeit der Aktionen und Reaktionen unserer abendländischen Welt.

Im internationalen Vergleich, das zeigte und zeigt uns der Erfahrungsaustausch bei multilateralen Gesprächen, schnitt Österreich mit seinen Maßnahmen nicht nur gut, sondern sogar sehr gut ab. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten auf allen Ebenen und besonders der Einheiten "vor Ort" – Feuerwehr, Amtsärzte und Untersuchungslabore, Polizei, Bundesheer und private Institutionen, waren effektiv und angemessen. Ca. 500 Verdachtsfälle von Milzbrand, weniger als 100 vorbeugende Antibiotika-Therapien (wegen des Expositionsverdachts) und nur eine nachweisbare Kontamination (Diplomaten-Postsack der US-amerikanischen Botschaft) ohne Gefährdung von Menschen, das ist die Bilanz des Gesundheitsresorts.

Pocken

Jedoch kommen für bioterroristische Aktivitäten auch andere Möglichkeiten in Frage, eine Risikoabwägung ist demzufolge schwer. Ein besonderes Risiko stellt nach Ansicht der USA, europäischer

Staaten und der NATO eine schon längst gelöst geglaubte Erkrankung dar: Anschläge mit den Erregern der (weltweit ausgebrotenen) Pocken (smallpox). Das WHO-Programm zur "smallpox-eradication" führte durch teils zwangsweise durchgeführte Immunisierung (unter Mithilfe des Wiener Univ.-Prof. Dr. Christian Vutuc) zum Verschwinden dieser Infektionskrankheit, sodass in den 70iger Jahren des letzten Jahrhunderts die Welt von der Weltgesundheitsorganisation für "pockenfrei" erklärt worden ist, und in Österreich damit die Impfaktionen eingestellt werden konnten.

Nun stellt sich das Bild anders dar und es werden wieder Vorsichtsmaßnahmen getroffen; nicht nur die USA, auch die EU und deren Beitrittskandidaten überlegen Schutzmechanismen, Vorgehensweisen, Katastrophenszenarien und Vorsorgemaßnahmen. (Alte) Pockenimpfstoffe aus den 70iger Jahren werden, wo vorhanden, auf Wirksamkeit getestet und neue Impfstoffe werden mit den vorhandenen Virusstämmen entwickelt. Daher haben auch wir erfolgreich verlaufene Gespräche mit dem Unternehmen, das europaweit als derzeit einziger Hersteller für die USA einen solchen neuen Pockenimpfstoff herstellt, geführt und eine Versorgung der Bevölkerung kann somit sichergestellt werden. 155 Millionen Impfungen werden in unserem Land für die USA produziert, 2-3 Millionen sollen für Österreich angeschafft werden; damit wäre z.B. der Großraum Wien immunisierbar.

Es handelt sich bei der Pockenimpfung um eine Impfung, die wir lieber nicht einsetzen müssen wollen, aber als "ultima ratio" für den Ernstfall zur Verfügung haben sollten.

Weitere Impfungen

Auch die Influenza, die Virusgrippe, ist ein bei den internationalen Konferenzen genanntes bioterroristi-

sches Mittel, und dies führt mich zu einer weiteren ärztlichen und gesundheitspolitischen Verantwortung. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen uns zu schützen, und dabei sind uns Impfungen seit jeher eine große Hilfe.

So wie Sie, als Exekutivbeamtin oder -beamter, als Mitarbeiter der Polizei, der Gendarmerie, der Justizwache, der Kriminalpolizei, etc., zum Beispiel gegen Hepatitis (A + B) etc. geimpft sein sollen, so empfehle ich Ihnen auch die rechtzeitige Impfung gegen Influenza, zum Schutz für Sie und für Ihre Umgebung. Denn auch wenn eine Krankheit behandelbar ist, kann dies nicht ein Argument sein, keine Vorsorge zu treffen!

Früh-Sommer-Meningo-Enzephalitis

Abschließend möchte ich noch auf die "Früh-Sommer-Meningo-Enzephalitis" hinweisen. 2001 hatten wir immerhin 51 Krankheitsfälle und drei Todesfälle durch Zecken zu verzeichnen. Das wäre durch eine FSME-Impfung (Zecken-Schutzimpfung) zu vermeiden gewesen. Nützen Sie daher diese Möglichkeit, um für das Frühjahr und den Sommer und in den nächsten Jahren ausreichend Schutz zu haben. Und denken Sie daran, dass eine Impfung auch dokumentiert werden muss. Der Impfpass sollte also regelmäßig auf fehlende Impfungen überprüft werden.

Mit freundlicher Unterstützung:



BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GENERATIONEN

Gesundheitsstaatssekretär Dr. WANECK besucht GÜP Marchegg



ganz links Robert WENTSCH, 3. Dr. WANECK, 5. v. li. Kdt G. EMMINGER und AStV-Präsidentin Gertraud Reischer

Gesundheitsstaatssekretär Dr. WANECK besuchte am 05.03.2002 den GÜP Marchegg. Dr. WANECK war vom Abgeordneten zum NR Robert WENTSCH und von Gerhard REISCHER eingeladen worden, sich einmal persönlich zu überzeugen, welchen gesundheitlichen Risiken die Kolleginnen und Kollegen auf den Grenzdienststellen ausgesetzt sind.

Dr. WANECK bemängelte dabei, dass es für die Asylwerber keine ärztliche Erstuntersuchung gibt. Es kann somit leicht

vorkommen, dass Asylwerber erkenntnisdienlich behandelt werden (hierbei kommt es zwangsläufig zu einem engen Körperkontakt), obwohl sie eine ansteckende Krankheit haben. Dr. WANECK sagte zu, mit den Landessanitätsdirektionen Kontakt aufzunehmen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Von meiner Seite wurde angeregt die Grenzdienststellen mit Digitalkameras und Fingerscannern auszustatten. Durch den Einsatz von Fingerscannern könnte der enge körperliche Kontakt weitgehend vermieden werden.

Auf einer Dienststelle, auf der jährlich mehr als 6.000 Personen ED-behandelt werden, sind normale Kameras und herkömmliches „Wuzeln“ einfach nicht mehr zeitgemäß und beinahe untragbar.

Gerhard Reischer



Unter uns gesagt

von Martin Schoder

Wettstreit der großen Reformer!

Im Bereich der Bundesgendarmerie gibt es seit fast zwei Jahren, seit dem Start der Gendarmerieinnovation, nur noch Diskussionen über Reformen und damit verbunden über Bewertungen und Planstellenbesetzungen. Im Bereich der Landesgendarmeriekommanden wurde und wird diskutiert, ob die OEA zu hoch und die Personalabteilung zu niedrig bewertet wird, dass bei den Kriminalabteilungen im Gegensatz zu den Verkehrsabteilungen kaum Einsparungen durchgeführt wurden usw. Im Zusammenhang mit der neuen Organisations- und Geschäftsordnung für die Bezirksgendarmeriekommanden meinen besonders fleißige Reformer, dass man bei den E 1-Beamten am meisten sparen kann, dafür sollen die Sachbearbeiter bleiben und in Zukunft besser bewertet werden und Sachbereichsleiter heißen. Auch bei den Gendarmerieposten hängt das Damoklesschwert der Umwandlung von 900 E 2a Planstellen in E 2b Planstellen nach wie vor in der Luft. Dafür will man Geräten zufolge bessere Bewertungen für die verbleibenden Sachbearbeiter und die Postenkommandanten fordern.

Abgesehen davon, dass es mehr als verwunderlich ist, dass man innerhalb von zwei Jahren kaum etwas Brauchbares zusammen gebracht hat, versuchen sich jetzt auch noch Personalvertreter aus dem „Heiligen Land Tirol“ als besondere Reformer und bringen weitere Vorschläge zur Diskussion.

Ich weigere mich dagegen, dass die Personalvertretung nur mehr als billiger Erfüllungshelfer für den Dienstgeber agiert. Wir versuchen die drastischen Kürzungen in der Kollegenschaft durch relativ bescheidene Bewertungsverbesserungen noch als Erfolg zu verkaufen. Diese Bewertungsverbesserungen betreffen außerdem den E 1 und E 2a Bereich. Wer redet über bessere Entlohnungen für den E 2 b – Bereich? Gerade der E 2 b Beamte ist durch Personalreduktionen in der Höhe von 1.500 Planstellen seit dem Jahr 1995 besonders betroffen.

Damit, so meine ich, befindet sich die österreichische Bundesgendarmerie auf dem falschen Weg. Reformen ja – unter Beachtung folgender Reformschritte: Aufgabenreform – EDV-Reform – Personaldotierung – gerechte Entlohnung (auch und vor allem für den E 2b-Beamten!). Hier besteht die größte Hoffnung diese Gerechtigkeit über das Exekutivdienstgesetz zu erlangen.

POLIT-HICK-HACK um neuen Postenkommandanten von Bergheim

In der Kronen-Zeitung am 01.03.2002 wurde folgender Artikel abgedruckt:

Weil Bergheims Postenkommandant Josef LETTNER (61) Ende März in Pension geht, braucht man bei der Gendarmerie einen Nachfolger. Die Suche wird zur Polit-Satire: Gegen seinen Willen drängte die Behörde den Henndorfer Kommandanten zur Bewerbung – was Gendarmeriechef Kröll bestreitet. Lettners „logischer“ Nachfolger wäre ein FP-Politiker.

Bis zum letzten Tag der Bewerbungsfrist für den neuen Postenkommandanten von Bergheim gab es nur vier Bewerber. Stunden vor dem Ablauf der Frist fuhr dann ein hoher Gendarmeriebeamter persönlich nach Henndorf, um den dortigen Postenkommandanten zur Bewerbung zu drängen. Dann waren es fünf...

So sehen es zumindest die Gendarmeriepersonalvertreter im Fachausschuss Salzburg. Der Fachausschuss vertrat sich deshalb auf Ende März: Zu unklar sei der Amtsvorschlag für den – ohne Zweifel ver-

dienten und höchstqualifizierten – Postenkommandanten von Henndorf. Denn es habe keine Anhörung der Kandidaten gegeben, wie sie sonst üblich ist. Außerdem verstoße das ständig gebrauchte Argument, dass Bergheims stellvertretender Postenkommandant Helmut Naderer ohnehin Chef geworden wäre, würde er sich nicht politisch betätigen (als FP-Mandatar im Landtag), eindeutig gegen die Bundesverfassung.... Darüber hinaus wolle man mit der Versetzung des Postenkommandanten von Henndorf die personelle Ausdünnung des Henndorfer Postens fortführen, um ihn schließen zu können.

Landesgendarmeriekommandant Ernst Kröll zu den Vorwürfen: „Das sind nicht nachvollziehbare Gerüchte und ich weiß nichts davon, dass der Henndorfer Kommandant bedrängt worden wäre.“

Der schmunzelt, als wir ihn danach fragen: „Ich bin gebeten worden, das stimmt.“ Lieber aber möchte er, so sagt er uns, in Henndorf bleiben. Wo er schon seit 18 Jahren Chef ist...

So sieht der Rechtsschutz der Altgewerkschaft aus:

RechtsSCHUTZ oder RechtsSCHERZ

Bei einer Amtshandlung wurde ein Gendarmeriebeamter in der Obersteiermark von einem Tatverdächtigen verletzt. In der Folge wurde dem Beamten bei Gericht Schmerzensgeld zuerkannt. Dem Beamten wurde auch von der GÖD ein Rechtsanwalt zur Verfügung gestellt. Dieser leitete an den verletzten Gendarmeriebeamten folgendes Schreiben weiter:

„Ich kann die an mich gestellte Bitte des Herrn XX nur an Sie weiterleiten. Sie müssen selbst ent-

scheiden, ob Sie mit einer monatlichen Ratenzahlung in Höhe von ATS 1.000,00 ab Jänner 2002



einverstanden sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es ein rechtskräftiges Urteil über allfällige Dauerfolgen gibt und wurde dieses Urteil ja in Form des Versäumnungsurteils vom 11.12.2001 erlassen. Sollten Sie Herrn XX tatsächlich eine monatliche Ratenzahlung gewähren, so müssten vorerst mit den Raten meine Kosten abgedeckt werden und würde erst dann das Fremdgeld an Sie weitergeleitet werden....“

Es kann sich somit sicher jeder selbst ein Bild machen, wann der Beamte das erste Mal tatsächlich für seine Verletzung von dem Verschuldner ein Geld bekommen hätte.

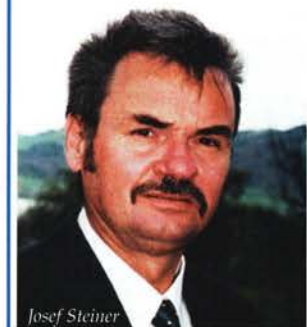
Anhand dieses praktischen Beispiels ist es auch ersichtlich, wie wichtig die Erfüllung der AUF-Forderungen nach einem Rechtsschutz durch den Dienstgeber ist. Das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport – BMÖLS, Fr. Vizekanzler Dr. Riess-Passer unterstützt diese Forderung.

Martin Schoder



PFEFFER...

kann ins Auge gehen!



Josef Steiner

Mit einem nicht funktionierenden Pfefferstreuer oder dessen Inhalt haben sicherlich schon viele Menschen ihr Problem gehabt. Nach Reklamation erfolgt üblicherweise sofort ein Austausch und der zweckbestimmten Verwendung steht eigentlich nichts mehr im Wege.

Keinerlei Gefahr, kein Schaden, ja nicht einmal Ärger muss aufkommen.

Nicht so simpel und gefahrlos verhielt es sich jedoch unlängst im Bezirk Spittal/Drau, wo bei einem exekutivdienstlichen Pfeffersprayereinsatz das verwendete Sprühgerät gänzlich versagte.

Die vom Hersteller garantierte Funktionsdauer war schon im Jahr 1997 abgelaufen. Der beantragte Austausch der abgelaufenen Pfeffersprays wurde vom Dienstgeber aber bis zu diesem Zeitpunkt mit der lapidaren Begründung: „Nach Auskunft des Herstellers können die Sprühgeräte über das Ablaufdatum hinaus unbedenklich verwendet werden,“ abgelehnt.

Nicht auszudenken, welche Folgen das vollkommen untaugliche Einsatzmittel für die Kollegen hätte haben können. Außerdem wurde dadurch erst richtig offenkundig, wohin falsch verstandene Sparsamkeit führen kann. Oder sind andere Gründe dafür verantwortlich?

AUF-Personalvertreter nahmen das unverständliche Verhalten des Dienstgebers nicht zur Kenntnis und entließen die Verantwortlichen nicht aus ihrer Pflicht.

In einer „Blitzaktion“ besorgten sie für die gesamte Postenmannschaft Pfeffersprays, die natürlich nicht für den dienstlichen Einsatz bestimmt waren. Dem Dienstgeber sollte dadurch aber demonstriert werden, wie schnell ein Ankauf und Austausch von Sprühgeräten eigentlich möglich sein kann.

Die verantwortlichen Stellen reagieren verantwortungsbewusst und ohne Verzögerung.

Alle Pfeffersprayedosen werden ausgetauscht (Ca. 16.000). Künftig sollen nur mehr Pfefferspraygeräte einer Marke (Type) mit deutlich sichtbar aufgedrucktem Verfallsdatum Verwendung finden.

Josef Steiner

Menschenrechtsbeirat UNFASSBAR: Mutmaßlicher Polizistenmörder kontrollierte Exekutive!

Bülent Ö. war vom 31.08.2000 bis 31.10.2001 Mitglied der Kommission „OLG Wien 1“ des Menschenrechtsbeirates. Und das, obwohl es sich bei ihm um einen mutmaßlichen Polizistenmörder handelt.

Das Bundesministerium für Inneres schloss mit dem vermutlichen Killer einen Werkvertrag ab. Sinn dieses Werkvertrages war es, dass Bülent Ö. überprüfen sollte, ob sich die Exekutivorgane auch an die Menschenrechte halten.

Hier liegt ein unglaublicher Skandal vor!

Das BMFI lässt seine eigenen Beamten durch mutmaßliche Mörder überprüfen und vielleicht auch noch anschwärzen!!

BM Dr. Strasser war nicht bereit bei Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage bekannt zu geben, wer den mittlerweile auf Grund eines internationalen Haftbefehles verhafteten mutmaßlichen Polizistenmörder für die Menschenrechtskommission vorgeschlagen hat.

Erfolgte die Verpflichtung mittels Werkvertrages vielleicht gar auf Vorschlag des Innenministers?

Hr. Bundesminister, wir fordern Sie AUF in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass Exekutivbeamten, für die sie als Dienstgeber Sorgepflichten haben, nicht mehr

zugemutet wird, dass sie von Leuten kontrolliert werden, die wegen Mordes an einem Kollegen zur Verhaftung ausgeschrieben sind. Gerhard REISCHER

OGO-BGK NEU

Erstes Ergebnis vom UNTERAUSSCHUSS

Zu diesem Unterausschuss des Zentrallausschusses waren DA-Mitglieder aus ganz Österreich eingeladen. Dem Unterausschuss wurde eine neuer Vorschlag präsentiert:

Planstellen	BL	RL	SBL	VB
100-99	1	1	1	1
40-100	1	1	1	1
110-100	2	1	1	1
ab 200	2	1	1	1

Dieser Vorschlag ergibt ein Einsparungspotenzial von 42 E2b Planstellen!

Vertretungsfunktion für alle Referenten bis 59 systemisierte Planstellen hat der SBL die Hälfte seiner Dienststundenverpflichtung in der BLZ zu erbringen, wobei er zu allen anfallenden Diensten heranzuziehen ist.

Von der Fraktion AUF wurden im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vorschlag folgende Punkte kritisiert:

- OGO/BGK gehört gemeinsam mit OGO/GP behandelt (Stichwort Bewertungen!)
- Laufbahnperspektiven für den E2a Bereich wurden durch die Streichung von insgesamt 20 E2a Funktionsgruppen 6 und 7 Planstellen stark vermindert
- Vor Verhandlung gehören die Einsparungsvorgaben auf den Tisch (durch stärkere Reduzierungen bei den BGK's können Einsparungen auf den GP verhindert werden)
- Aufgabenbeschreibung des SBL umfasst keine exekutivdienstlichen Aufgaben

Am 14. und 15. Mai 2002 kommen die Betroffenen zu Wort!

Jahresarbeitszeitmodell (JAZ): Keine Änderungen für den Wechseldienst

Zur Erinnerung! Bereits im Jänner 2001 trat das Gesetz in Kraft, das im Bundesdienst eine Flexibilisierung der Arbeitszeit einführen sollte. Dieses Gesetz wurde von der AUF schärfstens kritisiert, weil zu befürchten war, dass es zu gravierenden Verschlechterungen im Bereiche der Exekutive führen wird. Daraufhin wurde die betreffende Gesetzesbestimmung vom BMÖLS für ein Jahr außer Kraft gesetzt und die Ressorts aufgefordert, eine entsprechende Stellungnahme über die Auswirkung dieser Gesetzesbestimmungen abzugeben. In der Stellungnahme des Bundesministerium für Inneres kam zum Ausdruck, dass das Gesetz für den Bereich der Gendarmerie (Wechseldienst) keine Auswirkungen habe, weshalb von Seiten des BMÖLS keine Veranlassung zum Handeln bestand.

Dennoch finden sich einige Bestimmungen in diesem Gesetz, die sich auf den Wechseldienst der Gendarmerie auswir-

ken z.B. Zeitausgleich 1:1. Daher bestand die Notwendigkeit einer Regelung in Erlassform. Dieser Erlass wurde zwischen dem Zentrallausschuss und den GZK ausverhandelt und wurde bereits verlautbart.

Die wesentlichen Inhalte:

Grundsätzlich sollen Mehrdienstleistungen finanziell abgegolten werden. Die Abgeltung soll in Form der Akontierung d.h. sofort ausbezahlt werden (nicht erst nach Quartalsende).

Das Gesetz verlangt eine Abgeltung in Form eines Zeitausgleichs während des Anfallsquartals im Ausmaß von 1:1. Dazu wurde vereinbart, dass innerhalb des Quartals ein Zeitausgleich 1:1 von vornherein nur zulässig ist, wenn dieser Zeitausgleich unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden kann:

- Grundvoraussetzung: Durch den Zeitausgleich darf kein gleich hoher oder höherer Mehrarbeitszeitenanfall durch

andere Bedienstete oder zu einem anderen Zeitpunkt als die dadurch abzugeltende Mehrarbeitszeit bewirkt werden. Auch exekutivdienstliche Bedürfnisse nicht gefährdet werden.

- Zeitausgleich im selben Monat: Der Zeitausgleich ist nur mit Zustimmung des Bediensteten möglich.
- Zeitausgleich innerhalb des Quartals: An Werktagen (Mo-Sa) dürfen auf der Dienststelle keine geplanten oder sonst vorhersehbaren Mehrarbeitszeiten vorliegen.
- Zeitausgleich im Folgemonat des Quartals: Punkt a) und c) müssen auch hier vorliegen.

Abschließend wurde die Interpretationsklausel vereinbart, die es nachgeordneten Dienststellen nicht erlaubt, dem Erlass eigene Anmerkungen anzufügen. Zweifelsfragen werden ausschließlich vom GZK geklärt.

Neues von der EDV

„BusinessUnitInformationstechnologie – BIT“

Mehr als 10 Jahre nach Einführung einer „Quasi EDV“ sollen wir jetzt tatsächlich eine EDV bekommen. Am 27.02.2002 wurde dem Zentralkommando von Karl Pogut, Beauftragter für BusinessUnitInformationstechnologie (BIT) des BMI in der

Sektion II, der neue Bereich „IT“ vorgestellt.

BAKS-Notebooks

Derzeit ist an eine Ausrüstung mit BAKS-Notebooks mangels vorhandener

finanzieller Mittel nicht gedacht. Die Ausrüstung wird jedoch weiter verfolgt. Mobile Computer sollen jedoch für gewisse Bereiche, wie zum Beispiel Zugkontrollen, kommen.

BAKS IV-Ausbau

Zur Zeit steht man vor der Einführung von BAKS 4. Dieses soll über neue Server laufen. Mit Einführung dieses Systems werden Polizei und Gendarmerie gleichgeschaltet. Dadurch kommt es auch zu einer einheitlichen „Mail-Strategie“. Damit ist auch für jeden Beamten „seine Mail-adresse“ möglich.

Austausch von Prozessoren

Im Bereich der Gendarmerie sollen insgesamt 4000 Prozessoren ausgetauscht werden. Mit dem Austausch wurde bereits begonnen. Betroffen vom Austausch sind 166er und 200er Prozessoren. Bei den neuen Prozessoren handelt es sich um 1,5 GHz Prozessoren.

Bildschirmgeräte Austausch

Das IT-Budget weist gegenüber 2001 ein Minus von 97 Mio. ATS auf. Die Hälfte des Budgets für 2002 darf bis April nicht überschritten werden. Diese Sparmaßnahmen wirken sich vor allem beim Austausch der 15 Zoll Bildschirme aus. Der Austausch auf 17 Zoll Bildschirme ist derzeit nur möglich, wenn die alten Bildschirme kaputt sind.

Sonderbares Demokratieverständnis

Missbrauchen die „Roten“ die Personalvertretung für parteipolitische Zwecke?

Im Burgenland, Bezirk Mattersburg, wurde Anfang März 2002 eine Dienststellenversammlung abgehalten. Entsprechend der Geschäftsordnung hat der „rote“ DA-Vorsitzende eine wunderbare Tagesordnung verfasst und den FA-Vorsitzenden mit seinem Stellvertreter sowie Vertreter der Altgewerkschaft eingeladen. Dass er dabei keine AUF-Vertreter haben wollte ist offensichtlich. Allerdings erscheint diese Vorgangsweise demokratiepolitisch äußerst bedenklich, weil damit ja nichts anderes herauskommt, als eine einseitige – wahrscheinlich sogar politisch gefärbte – Informationsveranstaltung. Darüber hinaus fragen wir uns, was bei einer Dienststellenversammlung Vertreter der Altgewerkschaft verloren haben, insbesondere weil sich deren Aktivitäten, wenn

es um Anliegen der Gendarmerie geht, auffallend zurückhalten. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, dass es auch im Burgenland bald zu einer objektiven und demokratisch einwandfreien Informationsveranstaltung zu Gunsten unserer Bediensteten kommen wird. Sonst hat es sich schon überall eingebürgert, dass zu Dienststellenversammlungen der Zentralkommando und Fachausschuss mit je einem Fraktionsvertreter eingeladen werden.

Vorläufig können wir daher unseren Kollegen aus dem Burgenland nur anbieten, sich über Aktivitäten, Absichten und Erfolge der AUF auf unserer Homepage (www.feg.at), in den Informationsblättern und bei den AUF-Personalvertretern zu informieren.

Martin Schoder

Schlepper benützen Gendarmerie

Im Jahr 2000 wurden alleine im Bezirk Gänserndorf 2.200 Illegale aufgegriffen. Im Jahr 2001 stieg die Zahl der Aufgriffe auf unglaubliche 6.598.

Dabei war auffallend, dass sich sehr viele der Illegalen selbst bei den verschiedenen Grenzdienststellen, bzw. beim Bundesheer stellten. Nach der Erstaufnahme wurden die „Asylwerber“ nach Traiskirchen überstellt. Dort war ein Großteil von ihnen nach ein paar Tagen nicht mehr auffindbar. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Asylwerber von Schleppern über die Grenze befördert werden.

Der ASYL-Schmäh

Anschließend passieren die Schlepper selbst gefahrlos die Grenze nach Österreich. Von Traiskirchen werden die Illegalen dann wieder abgeholt und in die Zielländer (vor allem Italien und Deutschland) weiter geschleppt.

Das Risiko der Schlepper wird praktisch ausgeschaltet und die Gendarmerie ist fixer Bestandteil der Schlepperroute.

Herr Bundesminister, Dr. Strasser!

Wir fordern Sie AUF durch geeignete Initiativen für legislative Maßnahmen dafür zu sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in Zukunft nicht mehr für kriminelle Organisationen tätig werden müssen!

Gerhard REISCHER

Damen & Herrensalon
Le Fantasia
Echthaarverlängerung

ANZIC Christine

57 August-Jakschstraße
Friseur
Parfümerie

Öffnungszeiten:
DI 8.00-18.00 Uhr
MI 8.00-13.00 Uhr
DO 8.00-18.00 Uhr
FR 8.00-18.00 Uhr
SA 7.30-13.00 Uhr

A-9020 Klagenfurt
August-Jakschstraße 57
Tel. 0463/24 05 16

MAG. DR. WALTER LAZANSKY
UNTERNEHMENSBERATUNG
für Organisations- und Personalentwicklung

A-9020 Klagenfurt • Hermannstädterweg 2 • Tel./Fax 0 463/46 681

DER NOTAR
Dr. Stefan Lindner
aus
9020 Klagenfurt
Herrengasse 10/1,
Telefon: 0 463 / 57 8 57

Dr. Kurt FASSL

Rechtsanwalt

8020 Graz, Grieskai 10/3
Telefon 0316/71 85 96-0, Fax DW 6

E-Mail: fassl@aon.at

www.rechtsanwalt-fassl.com

Ihr Anwalt für Schadenersatz- und Verkehrsrecht

Wäscherei - Chemische Reinigung

KOLLAND

Klagenfurt, Rosentalerstr. 113, Tel. 0 463/213 38
Krumpondorf, Hauptstraße 158, Tel. 0 42 29/36 72

HAV TECHNISCHES BÜRO
ING. HARALD VÖLKL
Handling und Fördertechnik - Sicherheitsfachkraft



A-9020 Klagenfurt, Stolzstraße 31

Tel.: (0463) 350 82, Fax: (0463) 350 82-16, Mobil: 0664-3070005

Gstirner, Siegl & Choc
Rechtsanwälte OEG
Verteidiger in Strafsachen

8010 Graz, Kalchberggasse 10
Telefon 0316/83 25 15, Fax 0316/81 67 78
E-Mail: gsc-anwaelte@aon.at

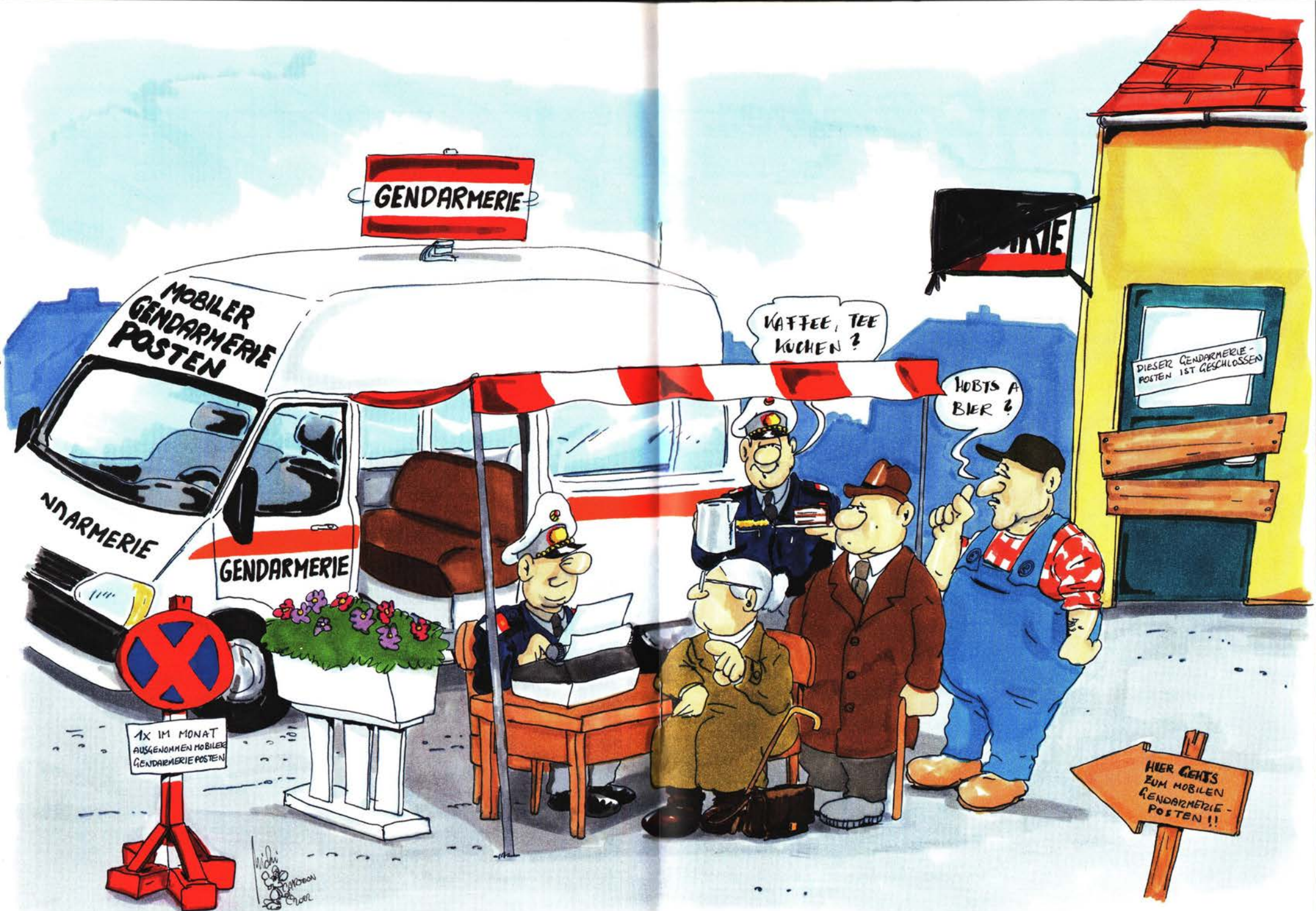
Tätigkeitsbereiche:

- Verkehrs-, Schadenersatz- und Versicherungsrecht (Beratung und Betreuung bei Verkehrsunfällen)
- Zivil- und Strafrecht
- Ehe- und Familienrecht (Scheidungen, Unterhalt)
- Wohnbau-, Bauvertrags- und Baurechtsrecht
- allgemeines Vertragsrecht (Kauf- und Mietverträge, Treuhandgeschäft)
- Forderungseintreibungen, Exekutionen über EDV

Leutl Chr. Transport GesmbH
Container - Services

Wildpretstraße 27
1110 Wien

Tel.: 01/767 31 53
Fax: 01/769 65 71
Handy: 0664/455 83 77



**WEINGUT
MUSTER**
TRAUTENHOF

Qualitätsweine,
8 Weißweinsorten,
5 Rotweinausbaustufen,
zB Barrique

- ➔ Gemütliche Koststube
- ➔ Kommentierte Weinkost
- ➔ Kellerführung

Farn. Bernhard und Gertrud Muster, Pössnitz 51
8463 Leutschach Tel. 03454/6582 Fax DW 4
Südsteiermark

bike-klinik
Verkauf, Service und Reparatur
von Fahrrädern - second hand bikes
Abhol- und Zustelldienst

Gasselsdorf 44
A-8543 St. Martin i/S
Tel. 03465/48 12
Hotline 0664/38 50 489
Fax 03465/49 3612
e-mail: bike.lipp@i-one.at

WHEELER
WORLDWIDE

Markus Lipp
Fahrradtechnik



-Pannendienst

DACHDECKEREI • SPENGLEREI 8055 GRAZ • AM EISBACH 28

BALK DACH

TEL. 0316 / 29 43 38 • FAX: DW 4

FAHRZEUGDESIGN - BESCHRIFTUNGEN

trim-line™
AUTOMOTIVE DESIGN

Emanuell Köll

Mitterstraße 142, GRAZ-Neuseiersberg

3M Panther
Sonnenschutzfolien

Tel./Fax: 0316/29 52 89 Mobil: 0664/421 92 60

www.trim-line.at

Dr. Dietrich Amon

Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe

Privat und alle Kassen

8750 Judenburg

Ordinationszeiten:

Christophorusweg 16

Di., Do., Fr. 8 bis 12 Uhr

Tel. 03572/82411

Mo., Mi. 14 bis 18 Uhr

ERDBEWEGUNG

Josef BERGHOLD



8160 WEIZ, Gutenberg - Kl. Semmering 186

Auto Tel. 0676/42 82 142 u. 0664/10 20 416

Tel. 03872/8466

em t elektrotechnik

em t telecom

EMT-Elektrotechnik
EMT-Telecom

www.emt.or.at
www.emt-telecom.net

Leserbriefe

Leser Briefe



Motivation – Ein Fremdwort für Vorgesetzte

Der in der Dezemberausgabe der Zeitschrift „Blaulicht“ erschienene Artikel „Motivation – ein Fremdwort für Vorgesetzte?“ verlangt von uns nachfolgende Klarstellung:

Die von RevInsp Helmut LEOPOLD geführte Amtshandlung gegen einen Geisterfahrer wurde von Obstdt Wolfgang STAUDACHER nicht kritisiert. Die Kritik richtete sich immer gegen die Vorgangsweise des Radiosenders „Antenne Steiermark“, der ihm bekannte Geisterfahrerwarnung nicht an die Exekutive weitergegeben zu haben.

Es kann nicht dem zufälligen Hören eines Radiosenders überlassen sein, dass Gendarmeriebeamte von Gefahrensituationen auf der Autobahn erfahren. Die Redaktion der „Antenne Steiermark“ wurde daher umgehend aufgefordert, relevante Mitteilungen von Verkehrsteilnehmern nicht nur auf Sendung zu bringen, sondern

auch umgehend die Landesleitzentrale zu informieren, damit die Streifen der Autobahngendarmerie möglichst rasch eingebunden werden können.

Für den angesprochenen Artikel wurden weder RevInsp Leopold noch Obstdt Staudacher vom anonym gebliebenen Verfasser befragt. Bei einer genaueren Recherche hätte sich dieses Fallbeispiel nämlich erübrigt.

Wolfgang Staudacher Kdt.d.VA/Stmk

Bekanntgabe des Zunds

Als parteipolitische Junger tut es mir besonders gut, wenn in einer blauen Jubelgazette ein kritischer Redakteur zu Wort kommen darf. Das ist, wie wir alle aus Erfahrung wissen, bei diversen Haus- und Hofberichterstattungsblätter keine Selbstverständlichkeit. Ich möchte Ihnen daher zu den Beiträgen des Kollegen Günther Perschy herzlichst gratulieren. Jetzt hat er treffend, in der Wortwahl den ministeriellen Schabernack „Bekanntgabe des Zunds“

sachlich kritisiert und wohl jedem Kriminalisten, der etwas vom Führen eines Informanten versteht, aus dem Herzen gesprochen. Bescheiden darf ich noch anmerken, dass ich diesem Thema auch eine Kolumne in der parteiunabhängigen Fachzeitschrift „Der Kriminalbeamte“ gewidmet habe. Ich schließe somit den Kollegen Perschy in dieser Causa als Waffenbruder in die Arme. Den Kriminalisten ist es nämlich egal mit wem Nelkenrot kuschelt und sich die blauen Schlümpfe, so wie jetzt, das fromme Kohlschwärzchen ins Koalitionsbettel holten. Sie würde es auch nicht stören, wenn die grünen Waldgeister am Futtertrog der Politik ganz vorne mitschmatzen. Nur in die Ecke, wo der eisige Wind auf sie blasen wird, muß gepinkelt werden. Das sind die Exekutivbeamten ihrem Arbeitgeber, das ist die Sicherheit und damit auch Gerechtigkeit suchende Bevölkerung in unserer Heimat, verdammt schuldig. In diesem Sinne mit freundlichen Grüßen

Alfred Neuhser „Kokarderl“

SCHÖBERL®
G E S . M . B . H .

SATZ UND DRUCKFORMENHERSTELLUNG
1150 WIEN, JOHNSTRASSE 42

TELEFON: 01/985 55 85, FAX: 01/985 55 83

ISDN-NR. 983 66 55

E-MAIL: SCHOEBERL@CHELLO.AT

Dr. Anna Flament-Schedl

Psychotherapie beim Facharzt
für Neurologie und Psychiatrie

Univ. med.

Dr. Herbert Flament

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie

1130 Wien
Lainzerbachstrasse 7
Telefon 804 23 61

Ord.. Nur gegen Vereinbarung
Mo.– Fr. 6.30 – 17.15 Uhr
Telefon 0 22 39/22 39

Warnleitsysteme
PETER SCHULZ
 A-8501 Lieboch, Feldriegelstr. 59
 Tel. u. Fax. 03136 / 61275
 E-mail peter.schulz@telering.at

STAU
UNFALL

LED-TECHNIK

GENDARMERIE

PETER HARTNER'S
Straßenreinigung
 Sonn- und Feiertag, sowie Tag und Nacht erreichbar

Hauptstraße 15, 9071 Vasoldsberg
 Telefon und Fax: 03135/46 900
 Mobil: 0676/514 30 66

Kehrmaschine mit Hochdruckreinigung!

OMV
OMV - Tankstelle

Gastro Laden
GLIEDER

FAEMA-Kaffeemaschinen
 Küchen - Kühl - Schanktechnik
BERATUNG - PLANUNG
VERKAUF
 Automatenverleih & Service

Firma: Aug 14
 8342 GNAS
 Büro: Burgfried 98
 8342 GNAS
 FonMe: +43 (0) 3151/86 83
 FaxMe: +43 (0) 3151/86 83-13
 MobilMe: +43 (0) 664/2236 181
 MailMe: gastro@glieder.at
 WEB: www.glieder.at

HÖFLER Gerhard
 Verbund Kassensysteme

Hochleitersweg 18
 8055 Graz-Puntigam
 Tel. und Fax: 0316 29-62-38
 Funktelefon: 0664 340-5-842

Epromkassen PC - Touch Kassen Funkterminals

Vollelektronische Boniersysteme für die Gastronomie, im Verbund mit allen gängigen Schankanlagen.

An die Kassensysteme lassen sich alle Arten von Druckern anschließen: Bondrunder, Journalrunder, Kontrollrunder, Bestellrunder etc. Ausserdem können bis zu 14 Terminkassen angeschlossen werden.

POLIZEIREFORM: „Es wird Verlierer geben!“

Mit diesen Worten ließ der Polizeipräsident in einem Zeitungsinterview aufhorchen. Wer werden diese Verlierer sein? Die Polizeijuristen, die Kriminalbeamten, die Sicherheitswachebeamten oder gar die Verwaltungsbeamten? Nein niemand von diesen, sondern die Bevölkerung und die Sicherheit der Stadt Wien werden verlieren.

Dass eine Polizeireform notwendig ist, weiß man seit Jahren und auch ich bin ein Befürworter einer solchen Reform. Jedoch nur dann, wenn sie durchdacht und vorbereitet ist und nicht innerhalb weniger Monate in „Huschpusch“-Manier aus dem Ärmel gezaubert wird. Speziell im Kriminaldienst bedeutet diese Reform einen finanziellen und personellen Aufwand, der niemals im Bereich der „es darf nichts Kosten“-Vorgabe bleiben kann.

Die versteckten Kosten für Umsiedlung, Adaptierung der EDV, Räumlichkeiten und Anschaffung des notwendigen Materials können diese Forderung niemals erfüllen.

Vor allem hat man sich auch nicht die Mühe gemacht nach kleinen praktikablen Lösungen zu suchen, sondern schmeißt das ganze bestehende System über den Haufen. Nicht nur die Struktur wird geändert, auch fast alle Standorte werden verlegt und dabei weder auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, noch auf die familiäre Situation der Beamten Rücksicht genommen.

Es ist klar, dass angesichts von 1 Mann-Journaldiensten, welche dzt. den Dienstbetrieb in manchen Kroatien aufrecht erhalten, eine Änderung notwendig ist, jedoch nicht unter den derzeit bekannten Vorgaben.

Gesamtkonzept fehlt

Angesichts der Reform wurde kein Gesamtkonzept erstellt, sondern es wurden offensichtlich wirre Gedanken einzelner Personen in ein Personalschema gepresst.

Dabei hat man sich noch keine Gedanken über die Logistik, den Raumbedarf, den Personalbedarf gemacht und auch nicht über den Ablauf des praktischen Dienstes nachgedacht.

Denn wie ist es sonst zu erklären, dass jeder der vorgeschlagenen Standorte für Kriminalkommissariate von den dort beschäftigten Personen schon jetzt als zu klein und die Zusammenlegung als undurchführbar erklärt werden.

Der Personaleinsatz wurde in fast allen Dienststellen mit der gleichen Anzahl von Gruppen bzw. Gruppenmitgliedern festgelegt. Niemand hat sich über gebietsspezifische Kriminalitätsformen bzw. Erscheinungsbilder Gedanken gemacht oder in den jeweiligen Bezirken nachgefragt.

Die Vorbereitung der EDV-Technik in den Standorten soll angeblich Monate dauern. Der Dienstbetrieb wird trotzdem aufgenommen und wieder einmal auf den Einfallreichtum der Beamten gesetzt.

Statt die Chance auf eine straffere Behördenstruktur zu nutzen, stellt man wieder mehrere Dienststellen übereinander. Vom BKA über das Kriminalamt bis zum Kriminalkommissariat sind Doppelgleisigkeiten, größerer Verwaltungsaufwand und Kompetenzstreitigkeiten vorprogrammiert.

Verpasste Chance

Und das schlimmste an der Reform ist, dass man die Chance vertan hat, die Kriminalitätsbekämpfung in die Hände jener zurückzuführen, die dafür ausgebildet sind, jahrelange Erfahrung darin besitzen und auch in der Lage sind, die an sie gestellten Aufgaben sowohl in der Theorie als auch in der Praxis umzusetzen.

Die Leitung der Kriminalkommissariate mit einem A/1 Beamten zu besetzen ist ein Schlag in das Gesicht der Kriminalbeamten, und diesem auch noch die komplette Dienstaufsicht über den Leiter der KRB-Abteilung zu geben, ist ein Verrat am Kriminalbeamtenkorps und zeigt die wahre Einschätzung der Dienstbehörde gegenüber den ausschließlich von ihr ausgebildeten leitenden Kriminalbeamten.

Aber es gibt auch Erfreuliches über die Umstrukturierung zu berichten. Sie hat

uns zumindest bereits einen Erfolg gebracht und zwar 5 nagelneue Digitalkameras, die eigentlich schon zur Standardausrüstung einer Kriminalbeamtenabteilung gehören sollten. Man hat sogar 5 neue PC für die Bearbeitung und Speicherung angeschafft.

Bleibt nur zu hoffen, dass bis zur endgültigen Umsetzung auch noch die notwendigen Drucker angeschafft werden können, auf die man bis dato vergessen hat.

Es war damit ein leichtes für die AUF/Kriminaldienst, dieses Konzept einfach als ganzes abzulehnen, da die schon im Vorhinein angeforderten Alternativen nicht erbracht wurden und von der Behörde nur stur an diesem unbrauchbaren, undurchdachten und undurchführbaren Konzept festgehalten wurde.

Friedrich Bahmer

BEFRAGUNG – nix verstehen Deutschkurs bringt Abhilfe!

Nun ist die Einigung der beiden Regierungsparteien über einen Integrationsvertrag erfolgt. Für Neuzuwanderer und Ausländer, die weniger als fünf Jahre im Inland leben, wird künftig der Besuch eines Deutschkurses verpflichtend sein. Sollte innerhalb von drei Jahren kein Nachweis über einen Kursbesuch vorliegen, so kann die Aufenthaltsbewilligung nicht mehr verlängert werden.

Diese Regelung wird, wenn sie von unseren ausländischen Mitbürgern angenommen wird, in Zukunft weniger Mehrarbeit bei Amtshandlungen bedeuten. Es werden sich dann weniger Betroffene bei der Befragung mit einem freundlichen Lächeln und den allseits bekannten Worten „nix verstehen“ verantworten können. Damit können zwar nicht die falschen Ansätze der Vergangenheit, dass Neuzustreicher fast keine Deutschkenntnisse aufweisen müssen, blitzartig umgedreht werden. Es ist

aber mit Sicherheit ein sehr deutliches, positives Signal an Integrationswillige, dass sie ohne gute Deutschkenntnisse nicht eingebürgert werden.

Denn derzeit ist bei fast jeder Befragung ein Übersetzer notwendig, welcher die Amtshandlung verteuert und den meisten Tatverdächtigen einen taktischen Vorteil lässt. Jede Frage, die dem Verdächtigen in Deutsch gestellt wird, versteht dieser schon bei der Frage, kann aber länger nachdenken, da ihm der Übersetzer diese Frage in seine Muttersprache übersetzen muss und die Antwort ins Deutsche. Wo bei ich als Fragesteller auch nicht weiß, bei welchem Wort der Frage der Tatverdächtige eventuelle Anzeichen einer unwahren Aussage zeigt.

Ich wäre froh, wenn ich künftig einen Dolmetscher nur mehr bei ausländischen Touristen benötigen würde und nicht mehr bei vielen Neuzustreichern.

Günther Perschy



**Unter
 uns
 gesagt**

von Günther Perschy

Fingerprint

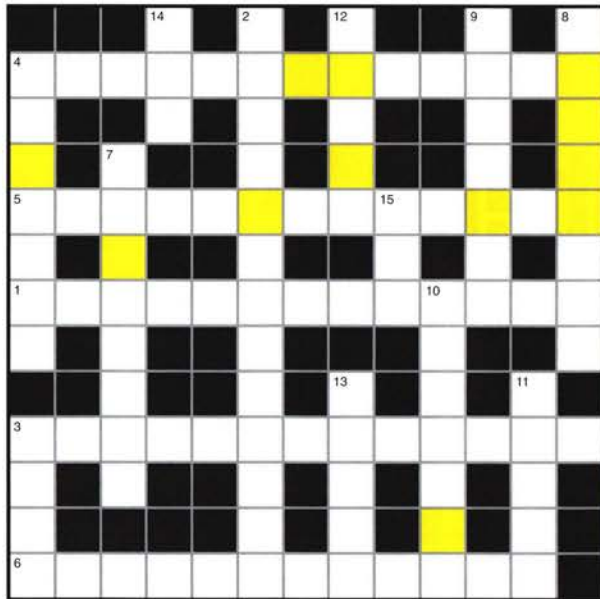
Seit einiger Zeit wird von Vertretern der FPÖ eine vernünftige Forderung zur Diskussion gestellt, welche nur unterstützt werden kann. Und zwar wird die Anbringung von biometrischen Merkmalen des Passinhabers in seinem Reisedokument gefordert. Bei diesem Merkmal soll es sich um einen Fingerabdruck des Ausweisinhabers handeln. Es wäre auch möglich, andere biometrische Merkmale auf einem Chip zu speichern wie z.B. durch Computerscan der Iris. Diese Möglichkeit wird eher akzeptiert werden, wenn sich diese oder ähnliche Merkmale auch auf Bankomatkarten befinden und so den Zugang zum Konto ermöglichen.

Als Bürger und Polizeibeamter kann ich darin keine versteckte Maßnahme zur unerlaubten Datenerfassung der Bevölkerung erkennen. Auf Grund der Ereignisse am 11.9.2001 in den USA haben diese der EU mitgeteilt, dass alle Reisedokumente von EU-Bürgern mit Fingerprints zu versehen sind, allenfalls würde überlegt auch für EU-Bürger eine Verpflichtung einzuführen. Die Amerikaner, welche schon seit Jahrzehnten mit Personen verschiedener Nationalitäten und Rassen zu tun haben, dürften erkannt haben, dass ein Photo nicht mehr ausreicht, um eine Person tatsächlich zu identifizieren. Ein neben dem Photo angebrachter Fingerabdruck schafft absolute Klarheit über die Identität der Person.

Linke Gräuelpromaganda

In Österreich wird dieses Thema den Bürgern von der linken Schickria und den Gutmenschen aber fälschlicherweise als weitere Maßnahme in Richtung eines Überwachungsstaates verkauft. Tatsache ist: Dieser Print dient nicht dazu in eine Verbrecherdatei oder ein Gangsteralbum aufgenommen zu werden, sondern wird genau wie das Photo dem Originalakt beigelegt sein. Beim Passphoto regt sich auch keiner mehr auf, da diese Identifizierungsart schon seit langer Zeit gebräuchlich ist und von der Bevölkerung akzeptiert wird. Als Kriminalbeamter würde ich mir noch mehr Identifizierungsmerkmale an oder in Reisedokumenten wünschen.

Eine Anbringung eines Fingerprints würde mir schon helfen, bei Unfallopfern oder nicht mehr auf Grund eines Photos erkennbaren Personen deren Identifizierung zu erleichtern. Der Passinhaber muss sich in Zukunft darauf verlassen können, dass jede Grenz- oder Polizeikontrolle im Ausland seine ausgewiesene Identität nicht anzweifelt. Und das wird den Österreichern wohl am Wichtigsten sein.



Waagrecht:

- 01 Stadt in der Nähe des Harzes
03 Tresor
04 ehrenhaft
05 Satzabbruch
06 nach bestimmten Regeln festgelegte Schreibung

Senkrecht:

- 02 Wiederherstellung
03 ein Billionstel
04 Behältnis
07 geistige Umnachtung
08 Quittung
09 Verneinung zur nachdrücklichen Bejahung
10 männl. Vorname
11 männl. Vorname (französisch)
12 Wurfleine
13 Stadt in Ghana
14 deutscher Kirchenmusiker (†1847)
15 Durchlichtbild

Als kleine Hilfe: sich im Verborgenen abspielende, unlautere Handlung

Super Preisrätsel

**Gewinnen Sie eines von
fünf Karrikatur-Büchern
„Die Polizei im Einsatz“
von Michael Hendrich**

Teilnahmebedingungen:

Aus allen Einsendungen werden die Gewinner ermittelt. Der Gewinnkupon ist nur mit dem richtigen Lösungswort, vollständigem Absender, angekreuztem Fachbereich und ausreichend frankiertem Kuvert gültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich verständigt.

Lösungswort mit Postkarte an
AUF-Bundesgeschäftsstelle
Bartensteingasse 14/9, 1010 Wien;
oder per Fax an: 01/406 75 15-23
Absender nicht vergessen!!!

Einsendeschluß: 15. 5. 2002
(Datum des Poststempels)



Zu bestellen bei:
Exekutiv Verlags GmbH,
Kärntner Strasse 518, 8054 Graz,
Fax 0316/28 71 51-9

Wo bleibt da die Einsparung?

Zusammenlegung von Massa und zentralem Wirtschaftsamt!

Um Personal einzusparen, wurde nun der Justizwachemassafonds mit dem zentralen Wirtschaftsamt zusammengelegt.

Sachlich betrachtet wäre hier ein positiver Einsparungseffekt gegeben, wären die Kollegen nicht dienstzugeteilt worden, sondern einvernehmlich versetzt worden. Zudem sind in den einzelnen betroffenen Justizanstalten laut Funktionsbesetzungsplan keine freie Stellen verfügbar. Das BmJustiz hätte mit den be-

troffenen Bediensteten viel früher sprechen müssen, um eine frei werdende Planstelle mit diesen Bediensteten besetzen zu können.

Wenn diese Vorgangsweise, bzw. dieses kleine Beispiel die hochgepriesene Verwaltungsreform sein soll, wird der Steuerzahler tief in die Tasche greifen müssen. Ebenso ist es nicht einzusehen, dass an der Basis gespart wird und in der Verwaltung das Geld verschwendet wird.

Siegfried König



**Unter
uns
gesagt**

von Siegfried König

**Therapie statt Sicherheit?
Therapie statt Beschäftigung?**

Seit geraumer Zeit wird Therapie im Strafvollzug „groß“ geschrieben. Auch in diversen Zeitungen ist über dieses Thema hin und wieder zu lesen.

Therapie scheint derzeit das Zauberwort und Allheilmittel in den Justizanstalten zu sein. Wie weit Therapie ohne ordentliche Bedachtnahme auf Sicherheit im Strafvollzug gehen kann, konnte man vor einigen Jahren schmerzhaft erkennen. Nämlich damals, als in der JA-Göllersdorf eine Psychologin von einem zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten ermordet wurde.

Von Seiten des BmJustiz wird auch immer wieder versucht Betriebe (z.B.: Wäschereien, Küchen, Tischlereien, Schlossereien, usw.) auszugliedern, um damit JW-Planstellen frei zu bekommen. Dieser Spargedanke von Ausgliederung wäre loblich, wenn nicht einiges vergessen worden wäre. Eine Küche zu privatisieren würde zum Beispiel pro Justizanstalt den Verlust von 10 bis 20 Arbeitsplätzen für Insassen bedeuten. Diese betroffenen Insassen würden dann noch länger ohne Arbeit in ihren Hafträumen verweilen. Es ist unvorstellbar und nicht einleuchtend, dass eine private Firma kostengünstiger kocht als unsere eigenen Küchen. Außerdem stellt die Nichtbeschäftigung der Insassen ein zusätzliches Gefahrenpotential dar und dient auch sicherlich nicht der Resozialisierung. Wie soll ein Insasse durch solche Maßnahmen für die regelmäßige Arbeit in Freiheit trainiert werden. Letztendlich müssen dadurch mehr Therapeuten denn je beschäftigt werden, um die Aggressionen und andere uns bekannten Probleme zu entschärfen. Ebenso verhält es sich mit den anderen Betrieben, über deren Schließung diskutiert und gesprochen wurde und wird.

Probleme bei Arbeitsmangel

Jede Schließung eines Betriebes bedeutet für die Gefangenen Entzug der Arbeit. Dieser Entzug rächt sich nicht nur während der Anhaltung, sondern auch nach der Entlassung. Oder bekommt danach jeder Insasse einen Therapeuten zugewiesen, mit dem er die täglich anfallenden Probleme aufarbeiten kann?

Abschließend und zusammenfassend fordere ich, nicht bei der Sicherheit zu sparen, bzw. nicht die Planstellen der Justizwache zu reduzieren. Will man sich in Zeiten des Spargpaketes den Luxus leisten und den Ausbau von Therapie in den Justizanstalten forcieren, dann bitte nicht auf unserem Rücken, bzw. nicht auf Kosten der Sicherheit und schon gar nicht durch Umwidmung von Planstellen.

Peter Baumann

Pfefferspray

€ 3,30,-



Bestellungen über AUF-Personalvertreter!

Mausunterlage

€ 4,-



PERSONALMANGEL in der JA-Wien Josefstadt:

Wer ist verantwortlich?

In der Justizanstalt Wien Josefstadt wird Personal-mangel offenbar seit Jahren groß geschrieben. Viele Planstellen wurden im Laufe der Zeit nicht nachbesetzt. Der Arbeitsaufwand wurde, obwohl wir immer weniger Beamte wurden, immer mehr.

Ein Beispiel dafür: Die Neueröffnung von 10 Gefangenenabteilungen, für die es kein zusätzliches Personal gab. Auch in anderen Bereichen wie Wachzimmer, Verwaltung, Werkstätten gab es zusätzliche Arbeitsbelastung aber kein Personal dazu. Natürlich drängt sich die Frage auf, warum trotz mehr Arbeit alles mit dem gleichen Personal läuft. Diese Frage aber geht am Problem vorbei. Richtig wäre vielmehr zu fragen, wie denn die Arbeit erledigt wird. Fazit: Viele Aufgaben werden nicht oder nur halbherzig wahrgenommen,

nur damit der Dienstbetrieb halbwegs aufrecht erhalten wird. Selbstverständlich spiegelt sich diese Personalnotsituation auch im Betriebsklima wieder. Großer psychischer Stress und überdurchschnittliche Krankenstandsquoten sind die Folgen. In zahllosen Einzelgesprächen kam großer FRUST zum Ausdruck, der durch die hohe Kündigungsrate untermauert wird.

Wir, die AUF, fordern daher zum wiederholten Male die Anstaltsleitung auf, diesen Problemen entgegenzusteuern. Sollte sich in absehbarer Zeit nichts ändern, sind wir gezwungen weitere Schritte einzuleiten. Seitens der Vizekanzlerin Dr. Riess Passer und des Justizministers Dr. Böhmendorfer wurde uns bereits Unterstützung signalisiert.

perfect house
Fenster • Böden • Türen
Rauanjak & Prettenhaler OEG

Dr. Niederdorferstr. 7 • 8572 Bärnbach
Tel./Fax 03142/60929 • Mobil 0676/848 347 10
perfecthouse@aon.at • www.perfecthouse.at

wicknorm
Fachhändler

VITO
MARKET

Fam. Edlinger
v.l.g. Tscheppa
Beim Bauern zu Gast...

URLAUBSREGION
MURAU

Servus in Österreich

8861 St. Georgen/Murau, Lutzmannsdorf 26
Telefon: 0 35 37 / 744, Fax: 0 35 37 / 744-4
E-mail: melitta.edlinger@utanet.at

Steiermark

DIPL.-ING. PETER KRAMER



STAATLICH BEFUGTER UND BEEIDETER
INGENIEURKONSULENT FÜR BAUWESEN

1060 Wien, Mariahilfer Strasse 47/1/2
Telefon: 01/586 7744, Telefax: 01/586 77445
E-Mail: kramerpeter@aon.at



ARCHITEKT SIEGFRIED A. MÖRTH
STAATL. BEF. U. BEEID. ZIVILTECHNIKER
A - 2344 MARIA ENZERSDORF - SÜDSTADT
Hohe Wandstrasse 36/1 Telefax 0 22 36/24 4 53-8
Telefon 0 22 36/24 4 53 Mobiltelefon 0664/35 70 498



Arbesser-Rastburg

A-8724 SPIELBERG/Knittelfeld • Schloßweg 1 • Telefon 0 35 12/83 4 80, Fax -4

FORSTBETRIEB – GRUNDSTÜCKE

MED. UNIV.

DR. HELMUTH FISCHER
PRAKT. ARZT

1230 Wien, KELLERBERGGASSE 55-57/1/3

ORDINATION: MONTAG BIS FREITAG 16.30-19.30 UHR UND GEGEN VORANMELDUNG

ALLE KASSEN

TELEFON 869 71 97

HEINZ TESAR

ARCHITEKT

A-1030 Wien 3, Seidlgasse 41/9
Tel.: (1) 715 48 98 • Fax: (1) 715 48 99

EWS
Ges.m.b.H.

Elektro – Wasser – Sanitär – Heizung – Installation – Sprechanlagen – Nachtspeicheröfen

1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 63, Telefon: 36 78 440, Telefax: 36 78 441

Im Rampenlicht

Mörder festgenommen

RevInsp KNIEBERNIG Ulrike und RevInsp MARTINEK Ingomar, beide Wachzimmer Karlsplatz, konnten auf Grund ihres besonderen Dienstfeuers am 06.03.02 einen Mörder festnehmen. Der Mann hatte seinen Dealer auf bestialische Weise in dessen Wohnung erstochen und befand sich auf der Flucht. Da es sich bei dem Täter um einen bekannten Süchtigen des Karlsplatzes handelte, gelang es unseren Kollegen ihn auszuforschen und der Mordkommission zu übergeben. Der Mörder konnte durch die Sicherheitswache und nicht wie fälschlicherweise in der „Krone“ berichtet durch die Mordkommission festgenommen werden!

seinem Diensthund an und beteiligte sich an der Streife im unwegsamen Gelände. Bereits nach kurzer Zeit konnte der Diensthund einen Täter aufstöbern. Dieser flüchtete ins eiskalte Wasser des Kanals und versuchte dort den Diensthund unter Wasser zu drücken. Um seinem Hund zu helfen sprang auch Kollege Hirtler in das Wasser. Der Täter durchschwamm den Kanal, gefolgt von Hund und Hundeführer. Am Ufer konnte der Täter, der kurz zuvor einen Supermarkt überfallen hatte, festgenommen werden.



Quelle: H. P. Schaller (Krone)

Diensthund stellt Räuber

RevI HIRTNER Günter, befand sich am 08.03.02 privat mit seinem Diensthund in Wien 21., im Bereich des Marschfeldkanals, als er Kollegen traf, die nach zwei Räubern fahndeten. Er bot sich sofort mit

Werner Radakovits

Diensthundeabteilung Wien

SILVESTERLAUF – eine harte Herausforderung

Am 31.12.01, um 11.00 Uhr, bei -3 Grad Celsius stellten sich 14 Angehörige der PDHA Wien gemeinsam mit ihren Diensthunden der harten Herausforderung eines Silvesterlaufes in Wien. Die Veranstaltung wurde von Ktl Insp Zlabinger u. RvI Hahnenkamp hervorragend organisiert. Es galt eine „Ringrunde“ (5,4 km) zu laufen. Die eventuelle medizinische Versorgung der Hunde war durch die Teilnahme unseres geschätzten Tierarztes Dr. Kalleitner, welcher mit seinem „Staff“ mitlief, gesichert. Nicht nur die Bevölkerung war von der Teilnahme der Hundeabteilung fasziniert

(Hunde liefen mit „Polizei“ Decke), sondern auch die mitlaufenden Kollegen waren begeistert. Mit der GEMEINSAMEN Zeit von nur 32,41 Minuten liefen wir über die Ziellinie. Als krönender Abschluss sorgten AUF-Personalvertreter für Speis und Trank der Teilnehmer.

Aufgrund der Laufbegeisterung der Hundeführer wird am 17.03.02 ein Benefizlauf im Wiener Prater (7 km) für die beiden tödlich verunglückten Kollegen Pürk u. Hermann organisiert. Wir gratulieren der sportlichen und kollegialen Hundeabteilung Wien.



Unter uns gesagt

von Werner Radakovits

Aufreger Polizeikalender!

Der so genannte Polizeikalender sorgt noch immer für große Aufregung. Eine Aufregung, die für mich völlig unerklärlich ist. Nichts Sittenwidriges und schon gar nichts Anstößiges konnte ich den 12 Blättern entnehmen. In den Medien dagegen sprach man von Frauenfeindlichkeit bzw. von für Frauen erniedrigenden Fotos. Dabei leben wir in einem Land, in dem Kunst in allen Formen sogar aus Steuergeldern subventioniert wird. Es gibt „Künstler“, die nackte Frauen an ein Kreuz binden und mit Kinderblut übergießen, oder „Künstlerinnen“, die sich in einer Badewanne selbst befriedigen – dies alles wird durch zugesprochenes Steuergeld finanziert. Regt sich jemand darüber auf, so heißt es sogleich, dass man gegen die Freiheit der Kunst ist.

Diese Meinung zählt natürlich nur so lange, solange es sich nicht um Polizisten handelt, Polizisten, die einer mündlichen Zusage des Ministeriums vertrauten. Welche zeigen wollten, dass hinter dem Elitepolizisten ein Mensch wie du und ich steckt. Dies ist ihnen leider nicht gelungen, denn Polizisten werden in diesem Land eben anders behandelt als der Durchschnitt der Bürger. Auf Grund der Reaktionen der Medien ist dem Dienstgeber natürlich nichts Besseres eingefallen, als die Kollegen aus Graz mit aller Macht zu disziplinieren. Es ist im Bundesministerium für Inneres offenbar Sitte, sich nicht hinter seine Beamten zu stellen, sondern der öffentlichen Meinung zu folgen und zum Eigenschutz den „kleinen Beamten“ zu bestrafen!

Im Namen der AUF-FEG spreche ich mich gegen eine solche Vorgangsweise des Dienstgebers aus, bzw. verurteile diese auf das Schärfste. Ob wir den Kollegen aus Graz damit helfen können kann ich leider nicht sagen.

Wir leben halt in einem Land wo alle gleich sind – nur nicht Polizisten!

Polizeigefangenenhaus Wien – TBC im Vormarsch!

Bereits am Jahre 2001 wurde auf freiwilliger Basis eine Untersuchung bei den Kollegen des PGH-Wien (jetzt PAZ) durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde unter die Haut ein Erreger injiziert. War ein Kollege bereits Träger des TBC-Virus, so entstanden Hautrötungen bzw. Pusteln. Natürlich gibt es Virusträger, ohne dass diese es wissen, bzw. ohne dass die Krankheit ausbrechen muss. Beängstigend war die Zahl der Kollegen, die mit einer solchen Hautreaktion konfrontiert wurden. Es werden in diesem Bericht aber bewusst keine Zahlen genannt, um keine Panik zu verbreiten und damit die Kollegen in Zukunft nicht als Aussätzige angesehen werden.

Zu Beginn des heurigen Jahres wurde die Untersuchung bei jenen Kollegen wiederholt, bei denen sich im Jahr 2001 keine Hautreaktion, also keine Infektion, ergab. Das Ergebnis war beängstigend, denn es ergab sich eine relativ hohe Anzahl von Neuinfektionen. Der Prozentsatz der Neuinfizierten liegt weit über dem Durchschnitt.

Auf Grund dieses Ergebnisses wurde durch den DA des PGH ein Vortrag durch den Polizeichef, die MA 15 und einen Lungenfacharzt bzw. -spezialisten, organisiert.

Bei diesem Vortrag und der anschließenden Diskussion wurde definitiv festgestellt, dass keine Ansteckungsgefahr von Virusträgern ausgeht. Erst wenn die Tuberkulose als Krankheit ausgebrochen ist, ist sie auch ansteckend. Um eben einen solchen Ausbruch der Krankheit zu verhindern, sollten die betroffenen KollegInnen über Monate schwere Medikamente einnehmen. Durch diese Einnahme sind natürlich Nebenwirkungen nicht ausgeschlossen bzw. laut Beipacktext anzunehmen!

Laut Vortrag der kompetenten Ärzte ist der Anstieg der TBC darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren immer mehr Personen aus dem afrikanischen und asiatischen Raum zu uns kommen und in diesen Ländern die Krankheit verstärkt auftritt. Da auch die Zahl der Häftlinge aus diesen Ländern stark gestiegen ist, ist

der Anstieg der Infektionen darauf zurück zu führen.

Ansteckungsgefahr beim Transport

Es wurde durch die Vortragenden jedoch auch darauf hingewiesen, dass eine Ansteckung schon beim Transport von Häftlingen oder bei der Amtshandlung selbst erfolgen kann!

Schon an dieser Aussage kann man deutlich erkennen, welchen Gefahren unsere KollegInnen und in weiterer Folge ihre Familien ausgesetzt sind. Da der Dienstgeber verpflichtet ist auf die Gesundheit seiner Bediensteten zu achten,

ist es an der Zeit deutliche Zeichen zu setzen, bzw. Maßnahmen zu treffen.

Durch die AUF – FEG wurde umgehend das Staatssekretariat für Gesundheit kontaktiert. Bereits im März wird sich die AUF – FEG mit dem DA des Polizeianhaltezzentrums zu einem Gespräch treffen. Im Zuge dieses Gesprächs wird durch die AUF – FEG natürlich darauf gedrängt, dass jedem Exekutivbeamten eine wie oben beschriebene Untersuchung ermöglicht wird. Außerdem werden Vorbeugemaßnahmen wie z.B. kostenlose Impfungen usw. gefordert.

Werner Radakovits

Sicher ist sicher – oder die Geschichte einer neuen Sicherheitsschleuse.

In einem Wachzimmer in Wien wurde eine dem neuesten Sicherheitsstandard entsprechende Sicherheitsschleuse errichtet.

Alles funktioniert automatisch und soll zur Sicherheit der KollegInnen dienen, bzw. diese durch eine Zeitschaltuhr entlasten. Im Inneren gibt es für den Wachhabenden einen Taster zum Öffnen der Schleuse, damit Personen ins Wachzimmer eingelassen werden können.

Die Außentüre, also der Eingang zum Wachzimmer, versperrt sich in der Zeit von 01.00 – 06.00 Uhr von selbst, damit keine Parteien ohne zuvor zu läuten in das Innere der Schleuse gelangen. Für diese Türe gab es jedoch keinen Taster im Wachhabendenraum, wodurch es erforderlich war, die Eingangstür in oben genanntem Zeitraum von Hand zu öffnen. Schon war es aber geschehen – der Kollege stand mit der Partei innerhalb der Schleuse da sich hinter ihm die innere Türe geschlossen hatte. Es musste abermals an der

Außentüre geläutet werden, damit ein weiterer Kollege die Innentüre der Schleuse öffnete.

In diesem Fall handelte es sich bei der Partei um eine harmlose Person, aber was wäre gewesen wenn es sich hierbei um eine Person gehandelt hätte, für welche eine solche Sicherheitsschleuse eigentlich gedacht ist?

In den nächsten Nachtdiensten mussten immer zwei KollegInnen im Wachhabendenraum sein, um so ein Aussperren von PolizistInnen aus dem Wachzimmer zu vermeiden und für die erforderliche Eigensicherung zu sorgen.

Auf Grund der Beschwerde der Kollegen haben die zuständigen Stellen rasch reagiert und den Übelstand beseitigt. Nach drei erschwerten Nachtdiensten gibt es im Wachhabendenraum nun auch einen Taster zum Öffnen der Außentüre.

Albert SCHMIEDT

2. PDH-Meisterschaft im alpinen Skisport

Am 16.01.02, fand in Stuhleck/Semmering die 2 PDH-Skimeisterschaft statt. Es waren 25 Teilnehmer gemeldet. In den Klasseneinteilungen haben gewonnen:

Frauen: RvI FLÖDL Sylvia,
AKL II: RvI STROHMAYER

Andreas,

AKL I: RvI GROHS Peter.

Letztgenannter wurde mit der hervorragenden Zeit von 1:00:37 auch ABTEILUNGSMEISTER. Durch die gute Organisation von RvI HIRTLELER wurde es zu einem gelungenen Event. Der AUF Personalvertreter



der Hundeabteilung war zu schnell unterwegs, er landete im Schnee. Nichts desto trotz wurden von diesem anschließend mehrere Runden im "JGLU" übernommen. Weiters wurde bei „Shark mit Vodka“ (ebenfalls durch die AUF organisiert) das Rennen von allen Teilnehmern besprochen.

Auch der Hauptsponsor Herbert SCHANDL (Rassehundeverein Stammersdorf) war anwesend und konnte sich von dem TopEvent überzeugen. Danke an allen teilnehmenden Kollegen

Das Event wurde leider durch den tragischen Unfall eines dreijährigen Kindes überschattet. Nur durch die raschen lebensrettenden Sofortmaßnahmen von RvI Herbert HOLZER (Polizeidiensthundeführer – Ausbildungsstelle) wurde das Kind gerettet und mit dem Hubschrauber in das Krankenhaus geflogen. Danke Herbert!

Günter HIRTLELER, PDHF

AUF/FEG SOZIALTOPF

Kollege RvI. Karl TOBERER - er ist Angehöriger der SW-Abteilung Innere Stadt, verheiratet und Vater eines 6-monatigen Sohnes - wurde bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt.

- Die AUF/FEG/Innere Stadt hat sich spontan entschlossen den Erlös des AUF – Gschnas zur Verfügung zu stellen,
- die Angehörigen der Wachzimmer Stephansplatz und Minoritenplatz spendeten eifrig,
- die FPÖ-Vertreter der Bezirksvorstehung, Jutta BLASEK und Gerald SASSMANN, stellten sich ebenfalls mit einer großzügigen finanziellen Unterstützung ein,
- die Fa. RADOSTA beteiligte sich mit einer großzügigen finanziellen Zuwendung und
- besonders zu erwähnen ist die Initiative des Kollegen Michael SEITELBERGER von der Überwachungsgruppe am Flughafen Schwechat, welcher dort spontan und aus eigenem Antrieb eine Spendenaktion ins Leben rief.

Insgesamt kamen € 2.335,- zusammen. Dieser Betrag wurde von der Freie Exekutiv Gewerkschaft - FEG auf insgesamt € 3.000,- aufgestockt.

Bleibt nur noch zu hoffen, dass sich Kollege Karl TOBERER rasch und vollständig von seinem schweren Unfall erholt, damit er wieder bald seinen Dienst antreten kann. Namens der AUF/FEG - Innere Stadt wünsche ich ihm jedenfalls für seine Genesung alles Gute.

Werner HERBERT, Vors.d.AUF/FEG /Innere Stadt



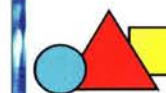
Meisterbetrieb
Erwin GARMUTH

KFZ TECHNIK SPENGLEREI

Fachwerkstätte für Richtbankarbeiten!

KFZ Handel

A-8430 Leibnitz, Reichsstraße 36 • Tel. 03452/75 990 Fax DW 16
Mobil 0664/143 75 06 e-mail: e.garmuth@utanet.at



walter zechner

BAUEN MIT KOMPETENZ

Häuser • Fenster • Türen • Parkett

Montagen

8700 Leoben-Donawitz, Zellenfeldgasse 11 (neben Betonwerk Scardelli)

Tel. 03842 / 22877 E-Mail: zechner@leox.net

Dr. Ingeborg Brunner



Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde

ALLE KASSEN

8010 Graz- Waltendorfer Hauptstr. 18

Tel.: 0316/46 48 08

Ordinationszeiten (nach telefonischer Vereinbarung):

Mo, Do und Fr: 8 - 12 Uhr, Di: 14 - 19 Uhr,

Mi: 8 - 16 Uhr

Neubauer

... ihr Fahrradexperte



Roman Neubauer

A-8020 Graz

Alte Poststr. 130-132

Tel: 0316/58 13 00

Fax: 0316/58 13 00

E-Mail: roman_neubauer@hotmail.com

Naturpark Grebenzen Gemeinden



http://www.zeutschach.at



Zeutschach

Klein und romantisch liegt Zeutschach auf einer weiten Hochebene über Neumarkt, mitten im Naturpark Grebenzen, hervorragend geeignet für Wanderungen und Spaziergänge. Dieser Ort reizt mit seinen vielen Naturschönheiten: Den Graslupptischen als Badeparadies und dem Muhrentsch, bekannt als El Dorado der Fischer. Unweit des Dorfes sprudelt eine klare Quelle namens „Ursprung“. Ein Naturschauspiel! Erleben Sie traditionelle Sommerfrische oder einen Winter mit Langlauf, Rodeln, Eislaufen oder Alpinski.

DR. HELMUT HAGER ARZT F. ALLGEMEINMEDIZIN

3714 SITZENDORF A. D. SCHWIDA
TEL. 02959 / 2350

ELMEG – Ing. Scherer

Planung, Projektierung
Ausführung sämtlicher Elektroarbeiten
8462 Gamitz, Marktplatz 11
Tel. 0 34 53 / 26 37



schillerstraße 8 • 8200 gleisdorf
mobil: +43-664-25 38 780
tel.: +43-3112-50 334
fax: +43-3112-50 344

gottfried haider kundenbetreuung

e-mail: g.haider@blitzschutz-haider.at
www.blitzschutz-haider.at

planung • service

Malermeister

Gerhard
Leitner

8793 Trofaiach, Teichgasse 25
Tel. Fax: 03847 / 3113-4

ABFLUSS COMPANY

Abflußwartung & Sanierungs GmbH

Lorenz Müller-Gasse 3/5
A-1200 Wien

Leopold Strobl

Fleischhandel

Öffentliches Tiefkühlhaus
Mitterstrasse 6 - 8055 Graz-Puntigam
Frisch - TK - Saisonartikel
0316/291248 - www.stroblfleisch.at

ERNST MAIERHOFER

– Bäckerei –



8493 Klösch
Klösch 23
Tel 03475 / 2356

Die grenzenlose Gier des Innenministers

Strasser streckt seine Krallen wieder nach unserem erfolgreichen Wachkörper aus.

Aus offiziellen Quellen wurde der AUF/FEG-Bundesvorstand informiert, dass Innenminister Strasser massiv interveniert, um unser Korps seinem Ministerium einzuverleiben.

Zweierlei Gründe sind ausschlaggebend für die lästigen Versuche des machtbe-räuschten Pröll-Zöglings:

Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz: Das BMF hat gute Argumente und auch gute Karten, diesen vorwiegend von Steuerbetrug und Abgabenhinterziehung dominierten Bereich in seinen Kompetenzbereich zu integrieren.

Grenzsicherung: Verteidigungsminister Herbert Scheibner jammert seit über einem Jahr, die Grenzsicherung mit seinen Kameraden nur mehr gegen entspre- chende finanzielle Zuwendungen seitens des Finanzministers sichern zu können.

Das Thema Maut-enforcement hat bereits bewiesen, dass die Malversationen des Innenministers gegen die Zollwache gefruchtet haben:

Der Verfassungsausschuss im Bundeskanzleramt folgte treu der Fährtenlegung seines Herrn Bundeskanzler und entschied, die Mautüberwachung müsse nicht unbedingt von einem Wachkörper der Republik Österreich durchgeführt werden. Eine fatale Entscheidung, die ich aber oft genug kommentiert habe.

Finanzminister steht zur Zollwache

Finanzminister Mag. Grasser untermauerte bei einem Jour-fixe mit dem Bundesvorstand AUF/FEG-Zollwache, dass es für ihn absolut nicht in Frage komme, auf die Zollwache zu verzichten und er dies dem BMI deutlich vermittelt habe.

Nun wird anscheinend vom Innenministerium das Gerücht verbreitet 2.000 Zollwachebeamte wollen geschlossen seinem Ministerium beitreten, weil sie im Finanzministerium keine Zukunft hätten.

Eine Märchengeschichte, denn das Reformpaket Zoll baut auf die Zollwache als wichtiges Element nicht nur im Bereich der mobilen Überwachung, sondern auch bei der Betrugsbekämpfung auf. Warenkontrollen und die damit verbundenen

Zwangsmassnahmen, wie Anhaltungen und Durchsuchungen, Festnahmen und Vernehmungen wird es im Bereich des Zolls immer geben.

Hervorragende Arbeit mit wenig Personal

Die Zollwache ist ein exekutiver Garant für die Einbringung von Abgaben: Im Bereich des Versandhandels, der Normverbrauchsabgabe oder des Altlastensanierungsgesetzes gäbe es keine Kontrollen, wenn die Zollwache hier keine Schwerpunkte setzen würde. Das sind Aufgaben, die unvereinbar sind mit den sicherheitspolitischen Agenden des Innenministeriums.

Und auch bei den modisch als Synergieeffekten titulierten Betätigungsfeldern der Zollwache wie dem Kraftfahrzeuggesetz brilliert unser Wachkörper.

Die Zollwache verrichtet mit einem Mindeststand an Personal effiziente Arbeit; aber darum geht es nicht. Der Innenminister nutzt die mangelnde Kompetenz seines Bundeskanzlers im Bereich der Exekutive aus und versucht über die Köpfe von 2.000 Zollwachebeamten hinweg sich in ihre berufliche Zukunft einzumischen. Das geschah bereits 1995; Damals hätte die Zollwache die Grenzkontrolle weiterhin durchführen können, denn die Übertragung der Grenzkontrolle an die Zollwache im Jahre 1967 geschah aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Kostenersparnis. Statt dessen wurde ein diesen Grundsätzen widersprechender Wachkörper wie die Grenzgendarmarie personell aufgeblasen, dessen Sinnhaftigkeit in Hinblick auf die EU-Osterweiterung bereits vor sieben Jahren zu hinterfragen gewesen wäre.

Was es bedeuten würde, wenn alle Wachkörper Österreichs unter einem Minister vereint werden, brauche ich rechtlicher Laie einem Verfassungsrechtler nicht zu erklären:

Die Konzentration einer solchen exekutiven Stärke in einem Ministerium würde in Krisenzeiten dem Innenminister ein bedenkliches Instrumentarium autoritärer Macht verleihen.



Unter
uns
gesagt

von Michael Preininger

Pfoten weg, Herr Innenminister!

Das muss hier in aller Deutlichkeit gesagt werden! Der anscheinend dem Machtrausch erlegene Innenminister der Republik Österreich will nicht akzeptieren, dass wir Zollwachebeamte kein Interesse haben, seinem Ministerium anzugehören. Oft genug hat ihm BM Mag. Karl-Heinz Grasser eine deutliche Absage für seine Übernahmeabsichten erteilt. Aber anscheinend kratzt dies an seinem Ego. Sachlich ist nicht nachvollziehbar, weshalb Strasser unseren Wachkörper dennoch annekieren möchte.

Die Aufgabenstellung eines Zollwachebeamten unterscheidet sich essentiell von der eines Sicherheitswache- oder Gendarmeriebeamten. Dieser Berufsstand ist für die Sicherheit des Landes und seiner Bürger zuständig, die Zollwache dient der Wirtschaft unseres Landes. Gerade die Osterweiterung eröffnet unserem Wachkörper im Finanzministerium neue Betätigungsfelder im Bereich der Marktordnung, des Versandhandels, des Normverbrauchsabgabengesetzes und im Bereich der EU-weiten Betrugsbekämpfung.

Scharf weist ich die Bemerkung eines Beamten des Innenministeriums zurück, die Zollwache bemühe sich nur deswegen um das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz, weil es für sie sonst keine Veranlassung gäbe (Kleine Zeitung v. 18.02.2002)

Auf eine solche inkompetente Aussage kann ich nur antworten: Wenn die Beamten des Innenministeriums ihre Arbeit ordentlich machen würden, bräute man nicht die Zollwache für Synergieeffekte! Allein in den Monaten Jänner bis Februar 2002 kassierte die Zollwacheabteilung Berghausen über 37.000 Euro an Sicherheitsleistungen im Gütergenehmigungsverkehr – ein Bereich, der in die Zuständigkeit des Innenministeriums und seiner Beamten fällt. Hier wurden im Interesse der Wirtschaft illegale Warentransporte durch Beamte der Zollwache aufgedeckt – und nicht durch die Gendarmerie oder sonst einen Wachkörper des BMI.

Es stellt sich daher für mich nicht die Frage, ob es sich dabei um eine Kernaufgabe der Zollwache handelt oder nicht, sondern es geht dabei primär um die Sicherheit der österreichischen Wirtschaft und dafür ist unser Wachkörper prädestiniert.

Strasser ist jedes Mittel recht, um die Zollwache an sich zu reißen: Im Innenministerium wird die Lügengeschichte verbreitet, wir Zollwachebeamten wollen ja in sein Ministerium, weil bei uns das Klima so mies sein soll. Ich glaube, es ist eher das Gegenteil der Fall!

Ich persönlich – und ich kenne auch keinen anderen Zollwachebeamten – habe kein Interesse, in ein Ministerium gezwungen zu werden, das eine eigene Erhebungsgruppe braucht, um Korruptionsfälle unter den eigenen Kollegen aufzudecken.

Wir bekräftigen es noch einmal: Die Zollwache ist elementarer Teil des Finanzministeriums und soll es auch bleiben.

Dr. Gabriele MENZINGER

FA f. Haut- und Geschlechtskrankheiten
FA f. Gefäßerkrankungen
BVA, KFA, Wahlarzt

Ordinationszeiten:

Mo, Di 16 - 19 Uhr

Do 9 - 12 u. 15 - 18 Uhr

und gegen Voranmeldung

A-1190 Wien
Heiligenstädterstr. 113/3
Tel. 01/367 62 66

IHR NAHVORSORGER SCHANDL

Weißkirchen, Badgasse 2
Telefon 03577/82558

VIDEOSTAR

8850 Murau
Keltensiedlung 92
TEL.: 03532/4243

„ZOLLREFORM“ – Sind positive Ansätze umsetzbar

Oberflächlich betrachtet bietet das Reformpaket durchaus zukunftsstrahlende Ansätze für die Zollwache. Die strikte Trennung zwischen dem zivilen und dem exekutiven Bereich wurde genauso miteinander verflochten wie die Entschlackung der hierarchischen Ebenen und damit eine direkte Linie vom BM zu den MÜG's angedeutet. Zumindest konzeptionell. Auch die Überwachung auf dem exekutiven Sektor scheint gesichert; • Eine Verlegung von standortineffizienten Überwachungsgruppen zu zentralen Wirtschaftsräumen scheint logisch. Denn eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Betrugsbekämpfung mit der PAST und der ZOFA verlangt eine räumliche Zentralisierung der Einsatzeinheiten. • Mobile Kontrollen bleiben mit Wegfall der Ostgrenze unerlässlich und solange eine Harmonisierung der steuerlichen Unter-

schiede europaweit nationalen Interessen unterworfen bleibt, ist der kontrollfreie Warenverkehr illusorisch.

• Das Reformprojekt fordert auch eine Spezialisierung der Beamten in gewissen Bereichen. Sehr loblich, wenn die Weiterbildung der Zollwachebeamten nicht auf ihre Eigeninitiative beschränkt bliebe. Bei den Mobilen Überwachungsgruppen ist die Gruppierung von Spezialteams keine konzeptionelle Angelegenheit mehr, sondern wird durch immer neue Aufgabenstellungen in der Praxis gefordert.

Rückzug auf Kernaufgaben?

• Ein Kritikpunkt ist der Rückzug auf sogenannte Kernaufgaben. Die Kontrolle von Waren kann sich nicht nur auf die Überprüfung der Konformität der Ware beschränken, sie beinhaltet auch die Legalität des Transportes.

Am 27. Februar 2002 hatten Vertreter des Bundesvorstandes der AUF/FEG-Zollwache die Möglichkeit bei Hrn. BM Karl-Heinz Grasser im Rahmen eines Jour fixe die im Zuge der Reform auftretenden aktuellen Probleme unseres Wachkörpers anzusprechen.

Dabei wurde der Bundesvorstand aber auch informiert, dass trotz eingehender Bemühungen die Überwachung des Maut-enforcement einer Privatfirma übertragen werden wird. Eine diesbezügliche Entscheidung sei vom Bundeskanzler getroffen worden.

Angesprochen wurden auch die ständigen Interventionen seitens des Innenministers. BM Mag. Grasser erneuerte sein Bekenntnis zur Zollwache und sagte, dass er keinesfalls auf seinen Wachkörper verzichten werde und dies dem Innenminister auch deutlich zu verstehen gegeben habe.

Seitens des AUF/FEG-Vorstandes wurde dem Finanzminister bestätigt, dass kein Zollwachebeamter an eine Option denke. Vielmehr hätten die Zollwachebeamten bereits 1995 die Möglichkeit gehabt, zum BMI hinüberzuwechseln.

BESUCH

Weiters drängte der Bundesvorsitzende Kepingler auf eine rasche Umsetzung des Reformpaketes, und dass die damit verbundenen sozialen Aspekte für die Kollegenschaft berücksichtigt werden müssen.

BM Mag. Grasser gab uns seine Zusage, vor Umsetzung der Reform die Personalvertretung umfassend zu informieren und aktiv in die Umsetzung miteinzubinden.

Und dazu gehört auch das Güterbeförderungsgesetz, das nicht mehr als Kernaufgabe genannt ist. Gerade hier leistet die Zollwache einen entscheidenden Dienst an der Wirtschaft Österreichs und diese Aufgabe war auch immer Bestandteil der Abfertigung bei den Grenzzollämtern. Sie jetzt nicht mehr in definitivum als überprüfbares Hauptbestandteil des Warenflusses in die Konzeption aufzunehmen, bedeutet dem illegalen Warenverkehr Tür und Tor zu öffnen. Denn wer würde es kontrollieren?

• Eine intensive Zusammenarbeit der Zollwache mit den Steuerbehörden kann nur über die organisatorische Einbindung eines Offiziers erfolgen. Eine Anforderung für Hausdurchsuchungen kann nur über einen EI-Beamten erfolgen, der über eine profunde wachspezifische Ausbildung ver-

fügt und auch personalrechtlich verantwortlich ist.

• Die konzeptionelle Reduzierung des Personalstandes – insbesondere bei den Zollämtern – lässt bis zur Osterweiterung für die Kameraden und Kameradinnen nichts Gutes hoffen. Bereits jetzt wird körperlicher und geistiger Raubbau an den Beamten betrieben. Drei Planwochenenden und hundert geplante Überstunden belasten die physische Konstitution der Beamten. Es kann nicht der Preis einer Reform sein, auf den Schultern der Beamten Konzepte zu entwickeln, die real nicht umsetzbar sind, weil die Ost-Erweiterung nach wie vor so wie das Reformprojekt Zoll nur als Konzept existiert. Niemand hat noch von einem Plan B gesprochen, wenn sich die Ost-Erweiterung verzögern sollte. Man sollte sich auch diese Option offen halten.

Kommentar

Der Finanzminister fordert von der Personalvertretung Einigkeit, weil die Interventionen des BMI ein unerträgliches Maß angenommen haben.

Das bedeutet, die in Personalquerelen verstrickte FCG müsste sich gegen ihren politischen Brötchengeber, die ÖVP und ihren Schweigekanzler, stellen – und damit Rückgrat zeigen.

künftigen Tätigkeitsbereich, ihre Dienststelle und soziale Veränderungen Gedanken machen, darf sich ein Wachkörper wie die Zollwache nicht mit entblößter Brust hinstellen und die Personalvertreter und Gewerkschafter dürfen sich nicht von parteipolitischen Überlegungen leiten lassen.

Naiv?

Nein! Denn es ist die Verpflichtung und Verantwortung der FCG/FSG gegenüber ihrer Wählerschicht, ihren Bundeskanzler aufzufordern, den Innenminister zur Raison zu rufen.

Das bedeutet, die FSG, die sich bis heute nicht mit ihrer Oppositionsrolle abfinden kann, müsste endlich aufhören in gusenbauerischer Manier gegen den Finanzminister zu agitieren.

Zu einem Zeitpunkt, an dem die Zollreform noch nicht abgeschlossen ist, zu einem Zeitpunkt, an dem viele Kollegen sich über ihren zu-

Die AUF nimmt diese Verantwortung wahr, jenseits jeder diplomatischen und weichen Wortwahl, denn wenn es um unseren Berufsstand geht, hört sich die Diplomatie auf.

www.auf.at
Ein Besuch der sich lohnt!

Damen & Herren

ERISIERSALON

ANGELIKA

Inh. Angelika Pirker

8792 St. Peter-Freienstein

Traidersbergstraße 5

Telefon: 03842/28 901



MAG. DR. BERTHOLD RIEDL

ÖFFENTLICHER NOTAR

HERZOG LEOPOLD STRASSE 10

2700 WIENER NEUSTADT

TELEFON 02622 / 88200

TELEFAX 02622 / 88200-15

Wir lösen Haarprobleme!

INTERHAAR
INSTITUT GMBH



Vor der Behandlung



3 Monate später nach intensiver Farblight, Laser, Lymphdrainage und Heilmassage

Beratung und Therapie – Lösung Ihrer Haarprobleme in Zusammenarbeit mit Prim. Univ. Doz. Dr. Johann Lahodny

1010 Wien, Opernring 1/E/423, Tel: 01/5864275 Fax: 01/5863749

8010 Graz, Hans Sachs Gasse 14/3, Tel: 0316/812225

info@interhaar.com www.interhaar.com

AUF geht's auf den Dachstein (3003 m)



Großglockner, 2000

Nachdem die Bergtour der AUF auf den Großglockner im Jahr 2000 ein voller Erfolg war und von 34 Teilnehmern 30 auch den Gipfel erreichten, bieten wir auch dieses Jahr wieder eine geführte Bergtour an.

Angeboten werden 2 Touren:

Tour 1: Klettersteig „Der Johann“; Treffpunkt am Parkplatz der Dachsteinseilbahn um 6 Uhr. Ca 1 Stunde Fußmarsch zum Einstieg des Klettersteigs. Anschließend ca. 3 bis 4 Stunden über den Klettersteig zur Dachsteinwarte. Mittagessen auf der Dachsteinwarte und anschließend ca. 1 Stunde zum Dachsteingipfel (3003 m).

Ausrüstung: Steinschlaghelm, Klettersteig-Set, Sitz-Brustgurt und klettersteigtaugliche Schuhe
Schwierigkeit: D/E (extrem schwierig) Im unteren Wandteil ein ca. 100 Meter schwieriger Steilaufschwung, danach ca. 50 Meter

leicht und dann wieder 120 Meter schwieriger Teil über plattige Pfeilerkante. Schließlich ein nach Westen gerichteter, gestufter Wandteil, der keine großen Schwierigkeiten bereitet.
Anforderungen: Unbedingt alpine Erfahrung, Kraft und Kondition für 6 bis 8 Stunden.



Tour 2: Treffpunkt am Parkplatz der Dachsteinseilbahn um 10 Uhr. Fahrt mit der Seilbahn und Fußmarsch zur Dachsteinwarte. Anschließend gemeinsame Wanderung zum Dachsteingipfel (3003 m).
Nächtigung: Bei Johann Walcher in Ramsau am Dachstein.

Auskunft und Anmeldung:
Bundesgeschäftsstelle der AUF
Fr. Petra BECKER
Telefon: 01/406 75 15

Justizwache:

Vergabe der Sportveranstaltungen für 2002 und 2003

- 25. Fußballmeisterschaft 2003 (Klagenfurt)
- 5. Kegelmeisterschaft 2002 (Garsten-26. u. 27.04.02)
- 10. Asphaltstockturnier (Garsten - Ende September/Oktober 02)
- 20. Schießmeisterschaft 2002 (Innsbruck)
- Halbmarathon 2002 (Stein - 15.09.02)
- Tischtennismeisterschaft (kein Bewerber)

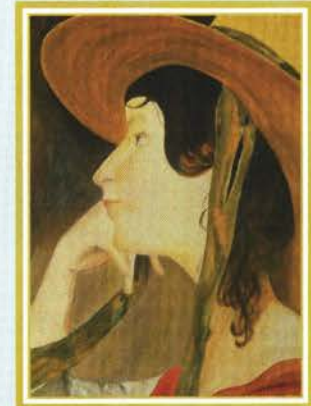
Folgende Firmen unterstützen mit einem Druckkostenbeitrag die Herausgabe der Broschüre „Blaulicht“

- Gasthaus Hans Moser, Schillerplatz 2, 8850 Murau
- SBG Beratungs GmbH, Rainergasse 16, 8750 Judenburg
- Franz Maier GesmbH, Beton- u. Schotterwerk, 8344 Bad Gleichenberg
- Zechner Transport-GesmbH, Bundesstraße 3, 8573 Fohnsdorf
- Santa Clara, Inh. Josef Schwender, Abraham-a-Santa-Clara-Gasse 1, 8010 Graz
- Dr. Johann Suschnigg, Techn. Büro f. chem. Verfahrenstechnik, Lusengasse 10, 8501 Lieboch
- Hotel zur Stadthalle »Johannes«, Münzgrabenstraße 48, 8010 Graz
- Johann Schweiger, Schmiede Handwerk - Kunstschmiede, 8953 Donnersbach 54
- Dr. Michael Feibinger, Facharzt für HNO, Grazer Straße 17 a, 8680 Mürrzschlag
- Harald Engelschön, Tabak-Trafik, Kerpelystraße 135, 8700 Leoben
- Dr. Sandor-János Horvath, FA für Zahn-, Mund- u. Kieferheilkunde, Dr.-Robert-Graf-Straße 23, 8010 Graz
- Alpengasthof - Pension Moser, Karchan 8, 8813 St. Lambrecht
- Gasthof Murblick, Familie Schmiedepeter, Sensenwerkergasse 11, 8750 Judenburg
- Winfried Pirker GesmbH, Hauptstraße 60, 8763 Möderbrugg
- Dr. Dietrich Balit, Öffentlicher Notar, Herrengasse 9, 8010 Graz

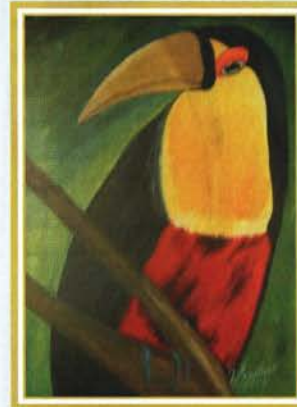
Die Rosangela Scheithauer Künstlerin...

Rosangela Scheithauer geborene Diogo-Bueno ist in Mogi Mirim (Sao Paulo) Brasilien geboren. Sie lebt seit 1978 in Europa. Nach 10 Jahren in England verbrachte sie 3 Jahre in Italien und lebt seit 1990 in Österreich. Ihr malerisches Talent wurde vom Mailänder Kunstprofessor Carlo Righi und von der Kunsthochschule Wien gefördert. Scheithauer durfte bereits bei vielen Ausstellungen

im In- und Ausland ihre Bilder präsentieren u.a. in Brasilien, Kanada, Italien, USA und Österreich. Außer Malen schreibt sie auch Gedichte und kleine Geschichten in ihrer Muttersprache Portugiesisch. Neben ihrer Muttersprache spricht sie Spanisch, Italienisch, Englisch und Deutsch. Ihre bevorzugte Maltechnik ist Acryl auf Leinen.



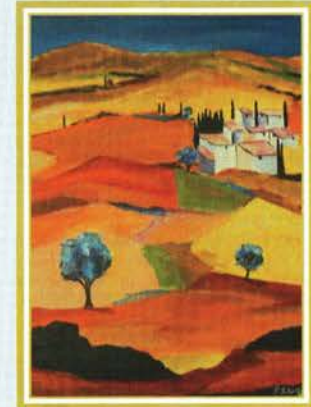
70x90cm € 400,-



60x80cm € 300,-



50x60cm € 250,-



70x90cm € 400,-

2. ÖPoISV – Meisterschaften im Eishockey



Am 5. April 2002 veranstaltet der Österreichische Polizeisportverein in der Albert Schultz Eishalle in Wien die 2. Österreichische Polizeisportvereinsmeisterschaft im Eishockey.



Carl-Meisterschaften auf dem A1-Ring

Die AUF-Steiermark, Sektion Gendarmerie und die Bezirksgruppe Graz-Umgebung veranstalten wieder Carl-Meisterschaften

Ort: A-1 Ring in Spielberg, bike-city
Zeit: Mittwoch 22.05.2002, 09.00 Uhr

Die Wertung erfolgt in 3er-Mannschaften. Pro Mannschaft ist eine Teilnahmegebühr von 60 € zu entrichten.

Anmeldung:
Franz MAIERHOFER, GP Deutschfeitzitz
Tel.: 03127/41333 oder Mobil: 0650/3973783

Anmeldeschluss: bis spätestens 15. Mai 2002 unter Einzahlung des Nenngeldes auf das PSK Konto 6226479, BLZ 60000.

0-24 Uhr • Sonn- und Feiertag
Schlüssel & Aufsperrdienst – Glasbruch Notdienst
 N. RADOSTA ☎ 869 22 40

AUF/FEG-Gschnas

Am 23.01.2002 fand auch heuer wieder das bereits traditionelle Gschnas der AUF/FEG – Innere Stadt im Schulungsraum des Koats Innere Stadt, Wien 1., Deutschmeisterplatz 3, statt.

Rund 180 Besucher, unter ihnen AUF-Bundesvorsitzender Michael KREISSL, FGÖ Vorsitzender Josef WAGENTHALER, die FPÖ-Vertreter der Bezirksvorstehung Innere Stadt, Jutta BLASEK und Gerald SASSMANN, die ZA/Gendarmerie-Mitglieder Martin SCHODER und Erich HUBERT, ZA/SW-Mitglied Werner RADAKOVITS, FA/SW-Mitglied Michael SCHMIEDT, FA/Justiz-Mitglied Christian BENESCH, sowie weitere zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der SW-Abteilung Innere Stadt, aber auch Gäste aus anderen SW-Abteilungen, der WEGA, sowie der Verkehrsabteilung fanden sich ein und erlebten einen schönen Abend.

Für eine perfekte Musik-Show sorgte in gewohnt professioneller Weise AUF-Karikaturist Michael HENDRICH-SZOKOL, der mit gefälliger und abwechslungsreicher Musik die tanzfreudigen Besucher begeisterte. Aber es wurde nicht nur so manch „heißer“ Tanz auf das Parkett gelegt, auch in der Bar wurden (– nicht nur aufgrund des erlesenen Angebots an Long-Drinks –) sehr anregende Gespräche geführt.

Und wer zwischendurch eine kulinarische Stärkung benötigte, konnte sich bei Chili con Carne oder auch Frankfurter-Würsteln wieder neue Kräfte holen.

Der Erlös der Veranstaltung wurde für den bei einem Verkehrsunfall schwer verletzten Kollegen Karl Toberer zur Verfügung gestellt (siehe auch „Sozialtopf“ im Redaktionsteil der Sicherheitswache).

Werner HERBERT, Vorstand der AUF/FEG – Innere Stadt

Exekutive im Internet

www.feg.at

e-mail: feg@feg.at

Schulung –

Ausbildung für AUF-Personalvertreter

Die AUF organisiert für ihre Personalvertreter – oder solche die es werden wollen – eine Grundschulung. Wegen der beschränkten Teilnehmerzahl ist unbedingt eine Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle (Telefon: 01/406 75 15 – Frau Tauchner oder Frau Becker) erforderlich. Schulungsort richtet sich nach den Teilnehmern.

Termine 2002:

14. Mai • 11. Juni • 9. Oktober



Peter Weinmar

Wirtschaftstreuhand GesmbH

Franzensbrückenstraße 3/12
 1020 Wien

Telefon 01/216 09 33

Univ. Prof. DR. WOLFGANG EPEL

Facharzt für Frauenheilkunde
 und Geburtshilfe

1030 WIEN, BEATRIXGASSE 3/13
 TEL. 712 42 20

Ord.: Mo., Di., Mi., Fr 16–18.30 Uhr

Do keine Ordination

ALLE KASSEN

www.frauendoc.at

cre[ART]eam

W E R B E A G E N T U R

Herrengasse 9a • A-8750 Judenburg

fon: 03572 | 44 402-0

fax: 03572 | 44 402-4

isdn: 03572 | 44 402-10

home: www.crearteam.at

METALLBAU STAHLBAU KRANBAU



Bergmann
 GmbH

8720 Knittelfeld Tel. 03512/74205
 www.bergmann-gmbh.at

Terrassen feuriger

Fam Zeitelberger

Öffnungszeiten von
 Montag – Sonntag ab 10⁰⁰ – 24⁰⁰

Horner Straße 27
 3712 Maissau
 Tel. 0 29 58 / 82 640

Gas - Wasser - Heizung PRIMIG Service - Installationen - Reparaturen

Primig Herbert Weggerstrasse 63 8580 Köflach
 Tel.: 03144/72275 Fax: DW-10 Mobil: 0664/2638220
 e-mail: primig.installationen@aon.at



macservice

Apple Verkauf & Service • A-8055 GRAZ • Mitterstraße 22
 0316/244 680 – www.macservice.at



STEIRISCHE
 VOLKSPARTEI

Max Tendler Straße 19
 A-8700 Leoben

T 0043 3842 44 870

F 0043 3842 44 870-9

mail: leoben@stvp.at

www.leoben.stvp.at

A-1150 Wien
Holohergasse 25
Tel.: 01 / 786 18 40
Fax: 01 / 786 18 40-20
Sprechstunden: Montag u. Mittwoch 15 – 17 Uhr



RIVOLA
Immobilienverwaltung &
Immobilienmakler GmbH



Marktgemeinde

St. Peter am Kammersberg

8843 St. Peter am Kammersberg
Telefon 03536/7611, Fax 03536/7611-6
E-Mail: gde@st-peter-kammersberg.steiermark.at
Tourismusbüro: Telefon 03536/8479
E-Mail: st.peter-schoeder@greim.at
www.greim.at ♦♦♦ www.greimhalle.at



Erstmalig in Österreich:

Am 15. Juni 2002 findet das 1. Bundes-Gendarmiemusik-Treffen in St. Peter am Kammersberg statt.
Alle Gendarmiemusikkapellen unserer Bundesländer werden bei diesem einmaligen Fest im neuen Veranstaltungszentrum Greimhalle konzertieren.

Infos unter: 03536/7549 www.greimhalle.at

OPEN AIR 2002 am 5. & 6. Juli Park Teufenbach

**Freitag 5. Juli - Große Ochsengrillparty
mit "Bullriding" Wettbewerb
und live Musik**

Kartenvorverkauf

Bei allen Raiffeisenbanken

und bei Ö - Ticket Hotline 01 / 96 0 96

www.nikp.com
0 35 82 / 86 68 (-80) Fax (-81)
nik@nikp.com



Samstag 6. Juli - Mega Open Air 2002 mit

**Nik P.
& REFLEX**

**Chantal, Marko Scheich,
Michael Stern, Lizz u.m.**

F Ü H L E N • S E H E N • K I P P E N

— drei einfache Schritte,
um die Echtheit einer Banknote zu überprüfen.

FÜHLEN:

Einige Teile auf der Vorderseite sind im Tiefdruckverfahren gedruckt, das ein **fühlbares Relief** erzeugt.

SEHEN:

In der Durchsicht erkennt man das **Wasserzeichen**, das ein Architekturdetail zeigt, den **Sicherheitsfaden** als dunkle Linie und das **Durchsichtsregister**, bei dem sich Druckbilddetails zur ganzen Wertzahl ergänzen.

KIPPEN:

Beim Kippen der Banknoten ändern sich die Motive des **Spezialfolienstreifens** bzw. **Spezialfolienelements**. Auf der Rückseite verändert sich beim Kippen der Farbeindruck des **Iridinstreifens**, bei den höheren Werten die **optisch variable Farbe**.



Mehr Informationen zum Euro: auf den Websites der OeNB: www.oenb.at
und der Europäischen Zentralbank: www.ecb.int
OeNB-Hotline: 01-404 20-6666, e-Mail: oenb.info@oenb.co.at
bei den Zweigstellen der OeNB in den Bundesländern

Blau licht

Das unabhängige Fachmagazin für die Exekutive in Österreich



- **SuperSuperFahnder / SSF** –
Die Einflüsterer des Innenministers liegen auf der Lauer
- **COBRA Neu** –
Die Zerschlagung bestens bewährter Strukturen
- **Im Rampenlicht** –
Mörder festgenommen; Diensthund stellt Räuber

Nr. 29 – März 2002

